

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Rollen,
seitlich oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Januar mit dem
Abdruck des neuen, in der Eifel spielenden Romans von Alara
Viebig:

Das Weiberdorf.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure
sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
stellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Januar, Februar, März
entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7071.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Eine Regierung für Verfassungsbrüche.

— Wien, 28. Dezember.

Graf Clary kann sich rühmen, mit seinem Scheiden aus dem
Amte eine gewisse Verwunderung erregt zu haben. Ein österreichischer
Beamter, der sein Wort hält, ein Graf, dem seine Ehre wertvoller
ist als sein Portefeuille: das war schon lange nicht da, das über-
rascht. Das Ministerium Clary ist nicht gefallen, weil es mit dem
Verfuge, das Parlament mobil zu machen, gescheitert ist — das
war oft da und das hat keiner Regierung noch den Hals gekostet.
Der Kabinettswechsel war wirklich nur deshalb notwendig, weil Graf
Clary und die paar ausländigen Leute um ihn herum den neuen
Verfassungsbruch nicht mitmachen wollten, weil sie ihren Namen
zu dem neuerlichen Mißbrauch des § 14 nicht hergeben wollten.
Das war ebenso anständig wie vernünftig, denn Graf Clary
würde, wenn er das Opfer seines Gewissens gebracht hätte, nicht
mehr erreicht haben, als daß er vierzehn Tage länger Minister
geblieben wäre — ein Ziel, das zu gering ist, um noch jemanden ver-
führen zu können. Die öffentliche Meinung ist wohl nicht stark
genug, um die Verfassungsbrüche hindern zu können; genug stark
aber, um sie bestrafen zu können. Man findet noch immer die
notige Anzahl von strebsamen Beamten, die sich zur Verungung des
Gesetzes kommandieren ließen; doch sich aber die Leute, die mit dem
§ 14 regiert haben, im Parlament nicht bilden lassen
dürfen: das weiß der Kaiser so gut wie der Chef des seit
Sommerabend ernannten Verfassungsbrüche-Ministeriums. Herr
v. Wittel wird also die nötige Anzahl Verfassungsbrüche beistellen,
und dann wird er auf Nummerzwei stehen verschwinden. Das
Graf Clary lieber auf seinen Stathalterposten zurückkehrt, als daß
er sich für die nächste und für die längste Zukunft unmöglich machen
würde: das ist eigentlich nicht verwunderlich. Ein anständiger
Mensch wird sich jetzt eine andere Beschäftigung anzusehen wissen
als die, österreichischer Minister zu werden; man muß bei diesem Ge-
schäft zu viel an Ehre und Achtung preisgeben.

Der Rücktritt der Regierung Clary hat aber auch eine gute
politische Seite: er ist nämlich geeignet, eine Legende zu zerstören,
an die die einseitigen Oesterreicher drei Jahre lang geglaubt haben.
Man hat sich nämlich fest und fest eingebildet, das Regieren ohne
Parlament sei nur eine Folge davon, daß der Staat dreimal von
unfähigen und gewissenlosen Ministern heimgesucht war. Würde
aber, so war die allgemeine Empfindung, einmal eine Regierung
kommen, die vorweg erklärt, den Verfassungsbruch-Paragra-
ph nicht anwenden zu wollen, so würde das Parla-
ment seiner Verantwortlichkeit bewußt werden und die läppische
Obstruktion würde fortan unmöglich werden. Und andererseits werde
die Krone, wenn ihr endlich einmal von einer Regierung die
Alternative möglichst schroff gestellt würde, wenn ihr die Anwendung
des § 14 als Verfassungsbruch bezeichnet wird, auf das Regieren
ohne Parlament verzichten. Diese Rechnung war, wie der ohne
Wirkung gebliebene Rücktritt der Regierung Clary und die Justiz zu
dem Zwecke des Verfassungsbruchs erfolgte Verungung des
Ministeriums Wittel zeigt, durchaus fehlerhaft. Es zeigt sich viel-
mehr, daß der Verfassungsbruch, das Regieren ohne Parlament, die
dem gegenwärtigen Zustande Oesterreichs eigen-
lich adäquate Regierungsform ist. Man kann sich
brechen und winden wie man will, man sagt es auch nicht gern, weil
man fühlt, daß es eine Schande für den Staat wie für die Bürger
ist; aber es wäre auch democh unsäglich thöricht, wenn man es ver-
hehlen wollte: Oesterreich kann heute nicht anders
regiert werden als absolutistisch. Das Parlament
ist zur Erledigung der dem Parlament obliegenden Aufgaben un-
tauglich geworden, und da das drängende Leben weitergeht, weiter-
gehen muß, wenn auch das Parlament verstopft ist, so setzt sich der
Absolutismus an die Stelle der Verfassung. Es ist natürlich nicht
der alte, vormärzliche Absolutismus, nicht der unverhüllte Despotismus
des russischen Zarentums; es ist ein moderner, milder weil veruschter
Absolutismus. Ein altes Wort variierend könnte man sagen; In

Oesterreich regiert der Absolutismus, gemildert
durch den Reichsrat! Es ist kein Absolutismus aus Ueber-
mut, aus einer Uebermacht der Krone; es ist der Absolutismus, den
die Ohnmacht, die Unbrauchbarkeit des Parlaments erzeugt hat. Was
natürlich nicht hindert, daß die wirkliche, die wohl nicht paragrafisierte,
aber trotzdem durchaus reale Verfassung Oesterreichs heute der
ministerielle Absolutismus ist.

Die Krankheit sind eben nicht die schlechten Regierungen, die
Krankheit heftig im Parlament. Das ist eine Wahrheit,
die zu befehlen es in Oesterreich an Mut gebracht. Denn es ist natür-
lich viel angenehmer, einfach über die dumme oder über die ge-
wissenlose Regierung zu schimpfen, anstatt zu gestehen, daß die Un-
geschicklichkeit, ja auch die Nichtsichtigkeit der Regierungen seit
Badeni das Ergebnis der Unhaltbarkeit dieses österreichischen
Parlamentarismus sind. Graf Thun und Herr Dr. Kaizl
waren Lumpen genug, um den octroyierten Ausgleich zu
verbrechen. Graf Clary ist ein ausländiger Mensch, der das
Ueberweisungs-gesetz ohne Parlament nicht verordnen wollte. Aber
was wäre erreicht worden, wenn Herr Kaizl ein ausländiger Mensch
geblieben wäre? Man hätte zum Zwecke des Verfassungsbruchs eine
andere Regierung ernannt! Und was wäre gewesen, wenn Graf
Clary minder gewissenhaft gewesen wäre? Man hätte den Minister-
wechsel für vierzehn Tage erspart! Aber an den Dingen hätte
sich nichts geändert, weil deren Entwidlung von den Personen eben
unabhängig ist. Wenn weder das schmachvolle Schicksal der Regie-
rung Thun, noch die Weigerung Clarys den neuen Verfassungsbruch
verhindert: ist damit nicht bewiesen, daß der Verfassungsbruch unab-
wendbar ist, weil regiert werden muß, mit dem Parlamente aber
nicht mehr regiert werden kann? Und wenn diese Wahrheit
noch eines Beweises bedurfte, die Ausnahme, die die Regie-
rung für Verfassungsbrüche gefunden hat, liefert ihn.
Wohl achtet niemand die neuen Menschen, die sich zu
dem schätzbaren Geschäft hergegeben haben, wohl empfindet
jedermann, daß sich die vierzehntags-Minister damit unmöglich
machen — aber auch das Gefühl ist allgemein, daß die freieslerische
That getan werden muß, daß der Verfassungsbruch die logische Ge-
gängerung des unlebendigen Parlaments ist. Durch die dreijährige
Verstopfung des Parlamentes ist eine Wunde entstanden, die ausgefüllt
werden mußte und die anzufüllen das halbe Hundert Verfassungs-
brüche geschaffen ist. Wo Todesstrafe herrscht, ist auch der Henker
notwendig; wer nun will, daß der jämmerliche Zustand beseitigt
werde, daß ein Mensch den anderen „gefällig“ mordet, der wird
nicht den Henker beschimpfen, sondern die Todesstrafe abzuschaffen
suchen. Was nicht hindert, daß man den Menschen, der zu solchen
Handwerk sich gedrängt hat, wenig schätzen wird. Man wird also
auch dieses Ministerium Wittel nicht mit besonderer Bedeutung be-
handeln, aber die richtige Einschätzung der Menschen kann es nicht
verdunkeln, daß diese neue Regierung, die keine andere Aufgabe hat,
als Gesetze zu „verordnen“, die vom Parlamente nicht bewilligt
worden sind, daß diese Staatsrechtsregierung das unmittelbare
Produkt eines Parlamentarismus ist, der nicht leben kann und nicht
sterben wird.

Der österreichische Parlamentarismus besteht heute in nichts anderem
als daß auf dem Franzensring ein großes Gebäude steht, in dem durch
zwei Monate im Jahre eine bestimmte Anzahl von Menschen Reichsrat
spielen, die Volkswertretung markieren. Aber das Gebäude macht das
Parlament nicht aus; es macht es auch nicht aus, daß die Abgeordneten
reden und abstimmen, das manuskriptschriftliche Protokolle herausgibt und
Anträge stellt. Das sind, wie Hamlet sagt, Gebärden, die man spielen
kann; ein Parlament setzt noch anderes voraus und bedingt mehr. Ein
Parlament ist nur möglich, wenn die unterschiedlichen Parteien
irgend etwas Gemeinsames haben: der Staat eben, der
ihrer aller Vaterland ist. Der österreichische Reichsrat, mit seinem
viertelhundert Parteien, denen allen das Parlament fremd und
gleichgültig ist, der nur ist das genaue Spiegelbild dieses „Staates“,
den niemand will und den jede Nation als Fessel ihrer Entwicklung
empfindet. Die Unmöglichkeit des Parlamentes ist die Unmöglichkeit
des Staates; sie ist die Wirkung einer Krankheit, die das gesamte
Staatswesen ergriffen hat. Oesterreich existiert nur durch das
Beharrungsvermögen; ein Windstoß aber würde es sofort
auseinanderblasen. Wohl wird der Auflösungsprojeß noch gehemmt
durch die Kraft, die einst den Staat „begründet“: die Dynastie;
aber wie das Unterliegen der Krone in dem Feldzuge gegen die
jungzeughische Obstruktion erreicht, schwächen sich auch die Wirk-
samkeiten dieser einst allmächtig gewesenen Potenz ab. Wie ein Gleichnis
von dem Zerfall dieses alten Staates stellt sich vor dem Ende des
Jahres die Regierung Wittels dar; als Zeichen davon, daß in
Oesterreich das Regieren, wenn es mehr sein soll als das Fortschreiten
von Tag zu Tag, überhaupt nicht mehr möglich ist. Man muß
aber alle solche Scham fallen lassen und die traurige Wahrheit
sagen: Oesterreich kann mit dem Parlament nicht mehr regiert
werden!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Dezember.

Abgelegte Inseln.

Seit langem ist bekannt, daß ein Geheimvertrag zwischen
Deutschland und England existiert, der einer zukünftigen Auf-
teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes in
Afrika unter jenen beiden Staaten vorsteht. Der
Vertrag ist ein Eventualvertrag, indem seine Verwirk-
lichung abhängig gemacht wird von der Entscheidung
des von der Schweiz gestellten Schiedsgerichts über
die englisch-portugiesische Streitfrage der Delagoabahn.
Würde, wie zu erwarten ist, das Schiedsgericht zu Gunsten

Englands entscheiden, müßte Portugal fast 18 Millionen Mark
Entschädigung zahlen, so sollte England statt dieser Zahlung
durch Abtretung portugiesischer Kolonialbesitzes, insbesondere
der handelspolitisch und strategisch so ungemein wichtigen
Delagoa-Bucht — die den Zugang nach Trans-
vaal öffnet —, entschädigt werden.

Dieser Vertrag ist bisher sorgfältig geheim gehalten
worden. Jetzt will der „Lof.-Anz.“ von näheren Einzelheiten des-
selben sichere Kenntnis genommen haben. Die Mitteilungen
des „L.A.“ bringen neues hauptsächlich insofern, als danach
der Vertrag nicht nur eine Aufteilung des afrikanischen, son-
dern auch des asiatischen Kolonialbesitzes Portugals um-
fassen soll. Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ ist allerdings
bereits mit dem üblichen offiziösen Dementi auf dem
Plan: „An zureichender Stelle werden uns diese Mitteilungen
als willkürliche und falsche Kombinationen
bezeichnet.“ Doch nur zu oft erwies sich das offiziose Dementi
eher als eine Bestätigung angeblich unrichtiger Zeitungs-
mitteilungen und die Mitteilungen des „L.A.“ haben immerhin
erhebliche Wahrscheinlichkeit für sich. So seltsam diese Mit-
teilungen an sich sind, so ist doch in diesen Zeiten der welt-
politischen Ueberstürzungen gerade das Unwahrscheinlichste am
sichersten zu erwarten.

Der Massenausverkauf der portugiesischen Kolonien soll in
der Weise vor sich gehen, daß England dem kleinen Portugal
die afrikanische Last und Deutschland die asiatische Last
abnimmt. Fast der gesamte Besitz Portugals in Afrika, der fast
2 1/2 Mill. qkm umfaßt, soll an England abgetreten werden; nur
der nördliche Teil von Portugiesisch-Ostafrika, die Provinz
Mozambique soll an Deutschland fallen, welches dazu
sämtliche asiatische Besitzungen Portugals erhalten soll.
Der portugiesische Besitz in Asien umfaßt die Gebiete von
Goa, Damao und Diu in Vorderindien, ferner
Macao im südlichen China, endlich den Ostteil der Insel
Timor im Sunda-Archipel, deren östlichen Teil die
Holländer besitzen. Der Umfang dieser Besitzungen beträgt ins-
gesamt fast 2000 Quadratkilometer, die Bevölkerungszahl etwa
1 Million Menschen.

Das wäre also die beginnende Neuaufteilung der Erde,
welche des Grafen Bülow Weisheit prophezeite. Ein
höherer Anfang, wenigstens für Deutschland!

Wäre dieser Kolonialbesitz irgendwie wertvoll, so hätte
wohl der bisherige Besitzer des Segens teilhaftig werden
können. Aber der gesamte Handelsverkehr aller jener asi-
atischen Besitzungen Portugals betrug für das Jahr 1895/96
nur 2,1 Millionen Einfuhr und 0,6 Millionen Mark
Ausfuhr. Die Einfuhr aus dem Mutterlande selbst aber
beträffte sich auf nur 0,06 Millionen Mark, und die Ausfuhr
nach dem Mutterlande war gleich Null. Portugal will sich
von dieser hemmenden Kugel am Fuß befreien. Deutschland
ist bereit, sie sich anzuschmieden.

Unglücklicherweise könnte das verhängnisvolle Wort nicht wahr
gemacht werden, das Wort vom „Einsetzen an möglichst vielen
Punkten“. Breite Meere trennen die einzelnen asiatischen Be-
sitzungen Portugals, die ohne jeden Zusammenhalt in die ver-
schiedensten Völkerkomplexe, Klimate und Völkergebiete ein-
gestreut sind, eine Spreu von Inseln und Küstenstrichen,
deren jeder einzelne Teil an Wertlosigkeit und an An-
sprüchen gegenüber der Zukunftsaussicht des Reiches erfolgreich
mit unseren bisherigen Kolonialbesitzungen konkurrieren
würde. Daß auch die Erwerbung Ost-Afrikas
nördlich vom Zambesi nur eine Erhöhung des Kolonial-
Ausgabe-Etats bedeuten würde, ist zweifelsohne. Und der
Preis, den Deutschland für dieses neue Stück Uebersee zahlen
soll, beträgt nicht weniger als 25 Millionen Mark.

So sollen, wenn diese Mitteilungen richtig sind, neue
„Stützpunkte“ in fernen Meeren gewonnen werden. Wo irgend
ein Staat ein paar Inseln nicht mehr brauchen kann, da
haben wir Ueberfluß an Millionen, um sie zu erwerben.
Sicherlich läßt man alsdann auch nicht gelten, daß solche Er-
werbungen ohne eine neuere verdoppelte Kriegsflotte
möglich waren, vielmehr wird der Schatz der neuen herrlichen
Erwerbungen die erneute Unzulänglichkeit des jetzt
noch umstrittenen Flottenplanes und die Notwendigkeit weiterer
Panzergeschwader erweisen.

Vielleicht aber befreit uns die Vorteilhaftigkeit der Veröffent-
lichung von diesem portugiesisch-asiatischen Geheiß. Was soll
denn die Weltpolitik, wenn die Zeitungen ihre Ueberraschungen
vorausnehmen? Die Blödigkeits-Staatsmänner haben in
Herrn Scherl ihren Meister gefunden. —

Das Ende der Haager Komödie.

Vom Posenspiel, das unter der Aufschrift „Internationale
Friedenskonferenz“ im Sommer gespielt wurde, scheidt man
der Welt auch nicht den letzten Punkt. Die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ besichert eine Friedens-Nachgabe zum
Weihnachtsfest:

Wie eine Reihe anderer Staaten, so hatte auch Deutschland
seiner Zeit nur das Schlussprotokoll der Haager internatio-
nalen Friedenskonferenz vom 26. Juli d. J., nicht aber die von der
Konferenz ausgearbeiteten Konventionen und Deklara-
tionen unterzeichnet, sich vielmehr zunächst eine eingehendere
Prüfung dieser Aktenstücke vorbehalten. Nachdem diese Prüfung
seitens der beteiligten deutschen Centralstellen inzwischen
erfolgt ist, hat der kaiserliche Vorkonferenzen-Präsident, Herr v.
Kunze, der erste deutsche Delegierte auf der Konferenz, den Auftrag

erhalten, sich nach dem Haag zu begeben, um daselbst noch vor Ende des Jahres die drei Konventionen und die drei Deklarationen namens des Reichs zu unterzeichnen. Dabei wird nur der Artikel 10 der Konvention über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg einem ähulichen Vorbehalt unterworfen werden, wie ein solcher auch von Seiten Englands in Aussicht gestellt ist. Fürst Raminier wird am 23. d. M. im Haag ein- treffen und die Unterzeichnung der Aktenstücke vornehmen. Mit seinem Beitritt zu den Haager Beschlüssen, welchen Oesterreich, Ungarn und Italien bereits beigetreten sind, liefert Deutschland einen neuen und bedeutenden Beweis seiner ruhigen und besonnenen Politik, welche mit den uns verbündeten Staaten fortgesetzt in enger Fühlung bleibt und zugleich zu dem russischen Reichbarreich freundliche und vertrauensvolle Beziehungen pflegt.

Damit wird das negative Ergebnis des Haager Kongresses endgültig besiegelt. In selbst die winzige Ausgestaltung des internationalen Rechts, die von den Delegierten der Mächte beschlossen worden war, wird jetzt zurückerufen. Die Vermehrung nutzloser Härten in der Kriegsführung, die Linderung des Loses der Verwundeten, wie sie durch die Genfer Konvention 1864 für die Landheere angestrebt worden ist, soll — so erklären die allerchristlichsten Staaten England und Deutschland ausdrücklich — auch fürderhin nicht im Seekrieg gelöst werden.

Der Schlussatz der obigen offiziellen Note verrät überdeutlich, aus welchen Gründen die deutsche Regierung, die ja am Glaubenssatz der menschlichen Erbände hängt, im Haager Friedensforum mitgesteuert hat. Man wollte den Jaren nicht verzeihen, der sich nun einmal in die Rolle des Friedenshelden eingewoben hat wie andere Fürsten in weltpolitische oder andere Lieblingsvorstellungen. Zulebte der guten Beziehungen zum Herrscher aller Reichen opfert das offizielle Deutschland seinen Anhang an die Idee des Völkerfriedens. Die Großmächte unterzeichnen ein Friedensprotokoll, während sie sich in wahnwitzigen Kriegserüstungen, die nun von dem Festland auf die See überspringen, einander überbieten; England, das freie und humane England, feiert den Abschluss der Haager Konferenz durch das graufige Spiel der Hydridgranaten in Südafrika, und Deutschland, das sehr fromme und sehr humane und sehr feierfertige Deutschland, illustriert das Friedensprotokoll mit den Bildern einer gewaltig zu vermehrenden Kriegsmarine.

Deutsches Reich.

Gesetzesauslegungskünste.

In den Ränken der Gesetzesauslegung hat man in Sachsen schon mancherlei geleistet: man hat den Boykott als eine Beschränkung der Gewerbefreiheit bezeichnet, man hat die Verteilung socialdemokratischer Flugblätter an Nichtsocialdemokraten zum groben Anflug gestempelt, man hat die Androhung des Ausschlusses aus einem Gewerkschaftsverbande gegenüber Streikbrechern als Berufsverurteilung gekennzeichnet und noch vieles andere geleistet. Jetzt wartet wieder ein sächsisches Schöffengericht mit einer Fingalstellung dieser Art auf.

Zwei streikende Formner aus Leipzig hatten mit dem Gewerkschaftsbesitzer Anderberg in Frankenberg unterhandelt wegen der Herstellung von Streikarbeit aus Leipzig. Sie sagten ihm, wenn er noch weiter Leipziger Streikarbeit anfertige, würden sie seine Arbeiter auffordern, die Arbeit einzustellen und über seine Fabrik die Sperre verhängen. Die Unterhandlung hatte weiter keinen Erfolg; nur wenige Arbeiter des Anderberg, die der Verhandlung mit angehört hatten, kündigten die Arbeit. In der „Gemeinnützigen Volksstimme“ wurde darauf die Verhängung der Sperre über die Fabrik veröffentlicht. Das Schöffengericht Frankenberg verurteilte darauf die beiden Leipziger Formner zu je einem Monat Gefängnis wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Wie das Gericht zu dieser merkwürdigen Verurteilung gekommen ist, zeigen einige Citate aus der bereits vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung, die in der „Leipziger Volkszeitung“ gegeben werden. Da heißt es:

Durch die angeordnete Sperre ist demnach versucht worden, die Anderberg'schen Arbeiter zu veranlassen, dem Leipziger Streik Folge zu leisten. Das Uebel, das den Arbeitern mit der Verhängung der Sperre über die Fabrik angedroht wird, ist, daß sie im Falle der Weiterleistung ihrer Arbeit als Streikbrecher hingestellt und von den Ausständigen mißachtet, wenn nicht in noch höherem Grade belästigt werden.

Die Verhängung der Sperre ist keine Drohung gegen die Arbeiter, sondern gegen den Unternehmer; ob die Arbeiter aus dieser Maßregel die Veranlassung herleiten, die Arbeit bei diesem Unternehmer einzustellen oder bei ihm nicht in Arbeit zu treten, kommt dabei gar nicht in Frage. Ob die Arbeiter, falls sie die Verhängung der Sperre unverächtlich lassen, von den übrigen in strafbarer Weise bedroht werden würden, das muß abgewartet werden. Die Vermutung des Richters, daß es geschehen werde, begründet doch keinen strafbaren Thatbestand. Schließlich geht die Vermutung des Richters bestimmt nur auf Abwägung der vermuteten Streikbrecher; mißachten darf man aber nach Herzenslust, wenn man will, ohne sich dadurch strafbar zu machen.

Das Frankfurter Gericht scheint auch gefügt zu haben, daß seine Verurteilung recht nebulöse Urteilsgründe seien und stützt deshalb das Urteil auch auf die Behauptung, daß sich die Drohung in noch höherem Maße wie gegen die Arbeiter gegen den Unternehmer richte. Damit ist es nun erst recht daneben getreten. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung gilt nur für Berufsverurteilungen innerhalb des eigenen Lagers; von Arbeitern gegen Arbeiter und von Arbeitern gegen Unternehmer, was selbst einem sächsischen Gericht bekannt sein sollte. — Es wird abzuwarten sein, wie die Strafkammer entscheidet.

Die Krone des Jahrhunderts ist, wenn man die Schweinburger'schen Berliner Politischen Nachrichten hört, — Herr Miquel. Dies Organ bringt jetzt Jahrhundert-Übersichten über die Entwicklung Preußens, in denen dargestellt wird, wie Preußen es so herrlich weit gebracht. Der erste Artikel war der Entwicklung der Selbstverwaltung von den Stein-Gardenberg'schen Reformen bis zum Fall Krieger gewidmet. Ein zweiter beschäftigte sich mit der preussischen Steuerpolitik. Und da vernehmen wir:

So besitzt denn Preußen durch das Verdienst des Miquels u. Miquel an der Schwelle des 20. Jahrhunderts ein überaus einfaches, einheitliches Steuersystem, durch welches die Grundfläche steuerlicher Gerechtigkeit, die Bemessung der Steuer nach der Leistungsfähigkeit und die gleichmäßige Veranlagung, verwirklicht und mit dem Verzicht auf die Ertragssteuern zu Gunsten der Gemeinden erst die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der kommunalen Verfassung geschaffen worden ist.

Das Stempelsteuergesetz von 1895 zieht die Konsequenzen der Einheitlichkeit und Abwägung nach der Leistungsfähigkeit für den Preußen verbliebenen Teil der Stempel und bildet so, wie das Stempelsteuergesetz von 1892 der Abschluß der ersten Steuerreform war, den Abschluß und Rest der auf den Namen Miquel gehenden Neu-Ordnung der preussischen Staatssteuern, durch welche Preußen die führende Stelle auf diesem Gebiete, die es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zeitweilig verloren hatte, voll wiedergewonnen und eine weit in das nächste Jahrhundert hinein Dauer versprechende feste Grundlage für die Ausbringung des Staatsbedarfs erlangt hat.

Die Miquel'sche Steuerreform besitzt zwar, wenn man ganz abschneiden ist, einige Verdienste — historisch betrachtet aber sind sie unbedeutende Fleckenarbeit, und es heißt, in voraus das neue Jahrhundert verleienden, wenn man ihm auch nur eine dankbare Erinnerung an die kleinen Künste eines Miquel zutraut.

„D-Briefe“ sollen als postalische Neuerung eingeführt werden. Die Reichspost-Verwaltung wollte — wie einzelne Blätter berichten — zu schnelleren Beförderungen farbige Briefumschläge ausgeben, die mit 5 Pf. das Stück verkauft werden, und der eingeschlossenen Sendung die Beförderung mit der ersten Bestellung nach Anlauf der Pflüge sichern. Von anderer Seite wird diese Maßnahme als der Begründung entbehrend bezeichnet. Wir hoffen, daß dieses „Dementi“ nicht dementiert werden wird, denn die Einführung dieser durch Zahlung von 5 Pf. bevorzugten Briefe würde auf Umwegen die Verteilung des Einheitsporto herbeiführen. Dafür, daß eingehende Briefe mit der ersten Bestellung nach Anlauf der Pflüge bestellt werden, ist doch keine besondere Gebühr zu erheben — dafür hat eine ihre Aufgabe begreifende Verwaltung ohne metallischen Anreiz zu sorgen. Wenn zur Begründung der Notwendigkeit von D-Briefen dargelegt wird, daß sich die Zahl der Briefe so vermehrt habe und die Zahlzeit bei zahlreichen Pflügen so vermindert worden, daß auch der größte Fleiß der Postbeamten nicht mehr im Stande sei, die Sortierung ganz durchzuführen, so beweist das nur, daß nicht die hinlängliche Anzahl von Beamten eingestellt wird. Man vermehre also die Zahl der Beamten und ferner verstärke man die Zahl der Postwagen; selbst nach der offiziellen „D. V. Z.“ muß jede Änderung des gegenwärtigen, völlig unhaltbaren Zustandes an den beschränkten Räumlichkeiten scheitern, die der eine Postwagen bietet. In den Nachtstunden, auf die die ungeheuren Briefmassen zum größten Teil entfallen, ist ein Postwagen durchaus unzureichend.

In einer Porto-Erhöhung unter der Maske prompterer Bestellung liegt also gar kein Grund vor. Hoffentlich wird die gemeldete postalische Fernmittelschere mit dem Scheidenden Jahre begraben und taucht nicht etwa als „Osterei“ wieder auf.

Agarier und Flotte. Die Agarier sind, wie feststeht, ihrer Ueberzeugung nach entschiedene Gegner der neuestens deutschen Wasserpolitik. Die „Deutsche Agariersche“ spricht das offen aus: „Wären die unbedingten Flottenvermehrung erst die Thatenbeweise erbringen, daß die deutsche Weltallpolitik sich künftig wirklich immer nur um die starke und wohlgepolierte Achse einer gesunden heimischen Bodenpolitik drehen soll: dann wollen wir gern mit in die Speichen greifen, um das große Rad vorwärts drehen zu helfen. Bis dahin aber drehen wir rückwärts.“

Diese ehrlicheren Stimmführer des Agarierthums singen also immer noch die alte Bundeshymne: kein Raub, keine Ränne! Alle Agarier denken so, wenn sie democh jetzt in Flotten-schwärmerie machen, so thun sie das aus Freiheit, weil sie es mit der Krone nicht ganz und endgültig verderben wollen.

Prinz Ardenberg, der bestialische Mörder, soll am ersten Weihnachtst-Feiertage in Hamburg eingetroffen sein. Er habe, so wird berichtet, als „Gefangener auf Ehrenwort“ die Fahrt nach Hamburg angetreten. Wäre der Prinz, statt ein Mörder, ein socialdemokratischer Redacteur, so würde man ihn nicht durch ein Ehrenwort, sondern durch Handschellen gefesselt haben.

Der starke Mann in Sachsen arbeitet im Schweiße seines Angesichts. Am 22. Dezember, zwei Tage vor dem Feste der Liebe, sind in Dresden wieder eine Anzahl Eisenbahner, 18 bis 20 Mann, meistens Bremser, unter Zahlung des Lohnes für die Kündigungszeit entlassen worden. Und ganz nach dem Rezept des Herrn v. Kröcher greift der starke Mann blind zu; unter den Entlassenen befinden sich auch Leute, die sich bisher noch gar nicht um die Eisenbahnerbewegung gekümmert haben. Sie werden sich wahrscheinlich jetzt darum kümmern und die Zahl der Unzufriedenen vermehren.

Der dritte Band der Bismarck-Memoiren ist belamlich vorhanden, wird aber nicht veröffentlicht, weil die Söhne Bismarck's die Nichtveröffentlichung der Darstellung über den Konflikt zwischen Kaiser und Kaiser als eine Würdigung für gute Beziehungen zum Hofe benennen. Ein Wiener Blatt behauptet jetzt, es werde wegen der Nichtveröffentlichung zu einem Prozeß zwischen dem Verleger der Memoiren und den beiden Bismarcks kommen.

Jedenfalls wäre dieser dritte Band interessanter als die belanglosen ersten beiden Bände.

Heber die Fest-Artikel der Presse pflegt die „Kreuz-Zeitung“ eine Uebersicht zu geben. Am meisten erbot sie sich gewerkschaftlich über die Weihnachtstbetrachtungen der socialdemokratischen Blätter, und unsere Abfertigungen der frommen Selbstbetrachtungen der heuchlerischen Scharfmacher-Organe findet das betrübene Blatt selbstverständlich besonders schamlos. Schade nur, daß die „Kreuz-Zeitung“ in ihren Citaten so sparjam ist. Sie hätte unsere Schamlosigkeit getrost noch ein bißchen breiter ausmalen können und z. B. von unseren historischen Erinnerungen über das echte Christentum ihren der Verleumdung sehr bedürftigen Lesern Mitteilung machen sollen.

Spittel-Platte. In einem der Puffamer'schen Nicht-Geistesmen an Karl Schröder v. Drenowald, erinnert eine Kontursangeige im „Zürcher Tageblatt“. Ueber seine Schreinererei ist der Kontur eröffnet worden, das Verfahren aber wegen Mangels an Aktiven eingestellt worden.

Ueber diesen Schröder handelte folgender im Reichstag am 27. Januar 1888 verlesener Briefwechsel zwischen Singer v. Webel einerseits und dem Polizeihauptmann Fischer in Zürich andererseits:

„Die ergebenst Unterzeichneten richten an Sie die höfliche Bitte, ihnen beizustehen zu wollen, daß der in Zürich-Neubad wohnhafte, hier in Haft befindliche Schreiner und Agent Karl Schröder, sowie der in Haft genommene Dieb Christoph Haupt aus Genf, folgende Fremden von uns gemachte Geständnisse auch in der wider sie anhängigen behördlichen Untersuchung ausgegagt haben, resp. daß die in den Geständnissen zugegebenen Thathandlungen auch anderweit durch Zeugenvernehmungen vor der Untersuchungsbehörde festgestellt sind: 1. Daß Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei steht, anfangs monatlich 200 M. Gehalt und in den letzten Jahren 250 M. pro Monat erhalten hat. 2. Daß er das Geld auf Anweisung des Polizeirates Krüger in Berlin empfangen, seine Berichte an den Polizeirat Krüger gesandt habe. 3. Daß bei Schröder bei der Hausdurchsuchung eine Riste Dynamit aus der Dynamitfabrik Opladen, Reg.-Bez. Düsseldorf, kommend, gefunden wurde, die Schröder von den Anarchisten Ester und Wübbeler empfangen. 4. Daß Schröder mit den Anarchisten Stellmacher, Kammerer, Kaufmann, Krenel und anderen genau bekannt war und in intimen Beziehungen stand und im Herbst 1888 einer in Zürich stattgehabten Konferenz schweizerischer Anarchisten beizuhobte, bei der auch die Genannten zugegen waren. 5. Daß seine Verbindung mit der Berliner Polizei der Anarchisten Kaufmann vermittelt und nach Schröder's Auslage auch Kaufmann im Dienste der Berliner Polizei arbeitete. 6. Daß Schröder auch mit den Anarchisten Feuler und Reve in persönlichen Beziehungen, mit dem Anarchisten Justus Schwab in New York in brieflichem Verkehr stand. 7. Daß Schröder alle neuerdennende socialistische und anarchische Litteratur für die Berliner Polizei anzuschaffen und dieser sofort zuzusenden hatte; daß er die bezüglichen Veranlassungen der erwähnten Richtungen zu überwachen und die darin anwesenden Personen zu denunzieren hatte. 8. Daß Schröder in Versammlungen und Wirtschaften die Arbeiter durch seine Reden erhitte und angehetzt und sie auf den Weg der Gewalt, als den einzigen Weg der Rettung verwiesen und zur „Propaganda der That“ angefordert habe.“

Die Antwort lautete: „Herrn A. Webel und Paul Singer, Mitglieder des deutschen Reichstages, Zürich, den 6. Januar 1888. Durch Brief vom heutigen Datum eruchen Sie mich um verschiedene Auskunft in der Untersuchungsgeschichte gegen Karl Schröder, Schreiner, und Christian Haupt, Dieb. Bei dem lebhaftesten Interesse, das die Sache für die schweizerischen Behörden in Bezug auf das provokatorische Treiben der unter Anklage stehenden Personen

hat, erkläre ich Ihnen, obgleich keinerlei Verpflichtung für mich dazu vorliegt, daß einseitig durch Geständnisse der Angeklagten, andererseits durch Zeugen die vollständige Richtigkeit sämtlicher in dem zurückfolgenden Schriftstücke aufgestellten Behauptungen festgestellt ist. Einzig der in Frage 6 behauptete Verlebe Schröder's und Justus Schwab ist bis jetzt noch nicht amtlich erörtert. Hochachtungsvoll: Das Polizeikommando, Fischer, Polizeihauptmann.“

Der von der Berliner Polizei angefertigte und besoldete Anführer scheiterte an der Vermuthung der Arbeiterklasse.

Eine Begnadigung! Der Referendar Esser aus Ratingen bei Düsseldorf hatte sich im verfloffenen Frühjahr im Ratinger Busch Arbeiterinnen gegenüber in sittlicher Beziehung schwer ver-gangen. Die Sache wurde von der Düsseldorf'schen Strafkammer mit drei Monaten Gefängnis geahndet. Nunmehr ist der Referendar infolge eines von ihm eingereichten Gnadengesuches zu 300 M. Geldstrafe begnadigt worden.

Die Ermordung eines Civilisten durch einen Soldaten. Es war dieser Tage gemeldet worden, daß ein Soldat der Garnison von Köln auf einen Civilisten einen Mordanschlag verübt hatte. Von der Kölner Kommandantur war daraufhin bis zur Entdeckung des Thäters jeglicher Weihnachtsurlaub aufgehoben worden. Dazu meldet der „Volks-Zig.“ ein Privattelegramm aus Köln vom 20. d. M.:

Der von Soldaten des 10. Infanterieregiments Heberfallene und durch Selbstverletzung schwer verletzter Fabrikant Lammert ist in der Christnacht, nachdem ihm ein Bein amputiert worden war, gestorben. Zur selben Stunde wurde auch der Nordgeselle entdeckt in der Person des Infanteristen Kokostry, der sich einem anderen Infanteristen Helfer zu Füßen geworfen und ihm flehenlich gebeten hatte, ihn nicht zu verraten. Diesen Vorgang hatte ein dritter Infanterist beobachtet, der alsbald Anzeige machte. Die Untersuchung ergab, daß Kokostry der Thäter war und Helfer dem Heberfall beigestanden hatte. Beide wurden unter scharfer militärischer Bewachung in Arrest abgeführt. Des Urlaubsverbot, das sich auf Mannschaften wie Offiziere erstreckte, wurde alsbald aufgehoben.

Im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung scheinen die reichs-ländlichen Polizeibehörden Gerichtsentscheidungen, die ihnen nicht in den Kram passen, zu ignorieren. Durch Urteil des Landgerichts Reg. war seiner Zeit entschieden worden, daß Gewerkschafts-organisationen nach Art des über ganz Deutschland ausgedehnten Holzarbeiterverbandes als Arbeiterverein im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu betrachten seien, die, weil durch Reichsgesetz gestattet, mittels Landesgesetzes auch in Utsah-Vorbringen nicht in ihrer Entfaltung gehindert werden dürfen. Teag dieser jeden Zweifel anschießenden Entscheidung verlagte der Kreis-direktor für Straßburg-Land einer in Schillingheim gegründeten Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes die Genehmigung. Jetzt hat sich dieser Ausschere erregenden Maßregel auf erhobene Beschwerde auch der Bezirkspräsident für das Unterelss an-geschlossen durch Verfügung vom 14. Dezember dieses Jahres. Der Answeg, den die Behörden dabei wählten, ist der, daß sie ohne auch nur einen Schein von Berechtigung „annehmen“ die gewerkschaftlichen Bestrebungen des genannten Vereins seien nur vorgezogen, um die Behörden über seinen wahren Charakter einer politischen Kampforganisation hinwegzutäuschen.

Da anzunehmen ist, daß die Entscheidung der höheren Ver-waltungsbehörde nicht ohne vorhergegangene Verständigung mit dem reichs-ländlichen Ministerium ergangen ist, so dürfte durch sie der Answeg markiert sein, den das System Puffamer in Zukunft bei der Bekämpfung der Arbeiterbewegung zu steuern gedenkt. Derselbe läßt sich dahin charakterisieren: Ausgesprochen politische Vereine (natürlich nur solche mit socialistischen Bestrebungen) werden von vornherein unterdrückt, gewerkschaftliche Vereinigungen aber werden kurzerhand als politische erklärt und dann ebenfalls verboten. Damit ist — so hofft man — auf dem Schauplatz des politischen und socialen Klassenkampfes die Ruhe des Friedhofes wieder her-gestellt, die bis vor wenigen Jahren die Signatur des öffentlichen Lebens im Lande der „wiedergewonnenen Wälder“ bildete. Angesichts der vor kurzem erfolgten Aufhebung des Verbindungsverbot's für politische Vereine im gewiß nicht liberalen Preußen erscheint die neueste Verthätigung Puffamer'scher Regierungswisheit im Reichs-lande als Ausfluß besonderer Staatsweisheit.

Ein „Reinfall“. Vor den Feiertagen erklärten wir, daß ein von der „Allgemeinen Zeitung“ aus einer amerikanischen Zeitung abgedruckter Artikel über die Weltlage, der für die Flotten-vorlage ausgenutzt werden sollte, nicht von Liebknecht ist, wie von der „Mündener Allgem. Ztg.“ behauptet war. Der Artikel wurde mit der gleichen Ausnutzung und dem gleichen Irrtum bezüglich der Urheberchaft von der „Konservativen Korrespondenz“ veröffentlicht, die indes damals noch nicht im Besitz unserer Richtigstellung sein konnte. Nun hat aber auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute, sechs Tage nach unserer Warnung, sich der gleichen Täuschung des Publikums mit gleicher Tendenz schuldig gemacht. Das ist schon mehr und schlimmer als ein „Reinfall“. Das ist bewusste Verbreitung unwahrer Thatfachen zu geschäftspolitischen Zwecken.

Unierer neulichen Notiz können wir heute hinzufügen, daß Liebknecht über die durch den spanisch-amerikanischen Krieg ver-änderte Weltlage außer im „Vorwärts“ keine Zeile in irgend einem Blatt veröffentlicht hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Hamburger Privatier Kröder von der hiesigen Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Interpretationskünste.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Für die Provinz Schleswig-Holstein ist die Frage des Kommunalwahlrechts zu einer heiz umstrittenen Streitfrage geworden. Den Lesern des „Vorwärts“ ist die Entwicklung dieser Angelegenheit bekannt. Jetzt nun ist eine Wendung eingetreten, deren Ergebnis eine nochmalige Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht zur Folge haben wird. Der Schleswiger Bezirksauswahs hat sich nämlich durch einen Entscheid in direkten Widerspruch zu dem Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 26. Mai 1899 gesetzt, nach welchem seit Inkrafttreten des Einkommensteuer-Gesetzes auf Grund des Absatz 3 § 77 dieses Gesetzes eine Er-höhung des Steuerbetrages, an den die Erwerbung des Bürgerrechts geknüpft ist, nicht zulässig ist. Der Schleswiger Be-zirksauswahs hat nun am 25. November die auf Grund dieses Ent-scheides des höchsten Gerichtshofes von zahlreichen Bewohnern der Städte, wo trotzdem der Wahlzensus erhöht ist, eingereichten Anträge auf Ausnahme in die Bürgerrolle, welche Anträge von den erster Instanz entscheidenden Stadtverordneten-Kollegien zurückgewiesen waren, nun gleichfalls als nicht zulässig und die Erhöhung des Wahlzensus als gesehlich bezeichnet. In diesen Tagen nun ist den Mägern die umfangreiche, 52 Seiten umfassende Begründung dieses ablehnenden Bescheides zugestellt, welche zur Interpretationskunst deutscher Richter wieder einen wertvollen Beitrag liefert.

Aus der Entstehungsgeschichte des Einkommensteuer-Gesetzes wird in der weitverbreiteten Weise der Nachweis zu erbringen ver-sucht, daß der vom Ober-Verwaltungsgericht als für die ganze preussische Monarchie gültig erklärte Absatz 3 des § 77 nur für die Rheinprovinz gelte. Die Begründung dieses jetzigen Bescheides sagt, daß „wenn man für die Auslegung die I I I I auf den Wortlaut des § 77 angewiesen wäre“, die Entscheidung des Ober-Verwaltungs-gerichts nach sprachlichen Grundfäden den Vorzug verdienen würde.“

„Aber eine zwingende Notwendigkeit, so zu interpretieren“, liegt nicht vor, die Worte *g e s e t z t e n* auch eine andere Auslegung.

Durch die Fassung des betreffenden § 77 sei der Ansehen „weit“, als ob der Absatz 8 auf alle Landesteile Bezug habe. Diese Fassung sei aber „lediglich auf ein redaktionelles, anscheinend bei der Drucklegung statigefundenes Versehen“ zurückzuführen. Weil der Gesetzgeber aus zufälligen Umständen dieses Versehen nicht korrigiert habe, so „falle damit die Berechtigung, den Absatz 8 ausschließlich im Sinne einer allgemeinen, für alle Landesteile geltenden Vorschrift zu deuten“.

Die „Möglichkeit“ sei gegeben, daß der Abs. 8 des § 77 trotz einer besonderen Stellung nur als die auf die Landesteile des Abs. 2 (Rheinprovinz) bezügliche Vorschrift aufgefaßt werden könne. Die Auslegung muß sich hierzu entscheiden, „wenn sie nicht zu einem Ergebnis kommen will, das sachlich großen Bedenken unterliegt und mit dem Willen des Gesetzgebers, wie er sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergibt, unvereinbar ist.“

Anstatt sich also das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts als Richtschnur dienen zu lassen, hat der Bezirksauschuß das Urteil des höchsten Gerichts als falsch hingestellt.

Daß unter diesen Umständen noch einmal das Ober-Verwaltungsgericht sich mit der kommunalen Wahlrechtsfrage in Schleswig-Holstein zu befassen hat, ist selbstverständlich.

Aber ganz abgesehen von dieser gewissermaßen prinzipiellen Entscheidung des Bezirksauschusses, hat er es auch fertig gebracht, mit der gleichen Interpretationskunst auch den Wählern, welche schon unter den bisherigen Verhältnissen kommunalwahlberechtigt waren, dieses Recht um ein Jahr zu kürzen, beziehungsweise diese Kürzung gützuheben. Nach der Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein ist der Erwerb des Bürgerrechts außer anderem auch von der erreichten Volljährigkeit abhängig. Das städtische Verordnungs-Kollegium hatte nun den Einspruch eines Klägers abgewiesen, der noch nicht 22 Jahre alt gewesen war. Der Bezirksauschuß sagt nun, daß dieses zulässig sei, weil die Erfordernisse zum Erwerb des Bürgerrechts ein Jahr lang bestanden haben müssen. „In diesen Erfordernissen gehört nach Art. 2 die Selbstständigkeit, und als selbstständig wird derjenige nicht angesehen, der noch minderjährig ist. Daraus folgt, daß das Bürgerrecht erst mit dem Ablauf eines Jahres nach erreichter Volljährigkeit, also erst mit dem 22. Lebensjahre erworben werden kann.“

Sollte diese Gesetzesauslegung in der höheren Instanz aufrecht erhalten werden, so sind dadurch wieder in erster Linie die Arbeiter betroffen, die vielleicht schon vom 18. Lebensjahre an als Steuerzahler in Anspruch genommen werden, insgedessen ein reges Interesse an der Kommunalverwaltung haben, im Gegensatz zu den Söhnen des Bürgertums, die meist erst mit dem 25. Jahre zu den Kosten der Kommune beitragen.

Das erste Todesurteil in Kiautschou. In deutscher Pachtung in China sollen allerlei Einbrecher die Bevölkerung demütigen. Und an einem solchen ist vor Kurzem nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ die Todesstrafe vollzogen worden. Der rührige Polizei, so heißt es weiter in dem Bericht des „Tageblatt“, die sich aus Angehörigen des dritten Seebataillons zusammensetzt, gelang es dieser Lage, einen der Haupttäter festzunehmen. Vor Gericht gestellt, wurde dem auch der Schuldige der That überwiesen und kurzer Hand zum Tode verurteilt. Am 14. November d. J. vormittags 11 Uhr, hatten sich mehrere Tausend Menschen, sowohl der größte Teil der hiesigen Europäer wie auch namentlich eine sehr große Anzahl Chinesen, am Strande bei Zapantau eingefunden, um der Ausführung der Todesstrafe beizuwohnen. Mannschaften der ganzen hiesigen Garnison waren bereits um 1/11 Uhr an Ort und Stelle angetreten. Der Richter des hiesigen Gerichts verlas kurz vor 11 Uhr das Todesurteil, während dessen das Gewehr präsentiert wurde. Als dann gaben zehn Mann der ersten Compagnie des dritten Seebataillons unter dem Kommando des Oberleutnants Jäger eine Salve ab. Sofort sank der schwächlich aussehende Verbrecher, an einen Pfahl gebunden, das Haupt Er war — aus Kopf und Oberkörper blutend — sichtlich von allen zehn Kugeln getroffen.

Es ist bedauerlich, daß deutsche Soldaten solche Scharfrichterdienste verrichten müssen. Schon einige Tage später soll wieder ein Chinese hingerichtet worden sein.

Das Bagdadbahn-Abkommen wurde laut offizieller Mitteilung am Sonnabendmittag unterzeichnet. Die deutsch-französische Finanzgruppe gewährt der Pforte sechs- hunderttausend Pfund Vorschuß.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Dezember. Am Freitag sollen die amtlichen Verhandlungen, betreffend das Inkrafttreten des Ueberweisungsgesetzes, sowie die Verwilligung eines halbjährlichen Budgetprovisoriums auf Grund des § 14 publiziert werden.

Dem Vernehmen nach werden auf dem am 29. d. M. in Prag zusammen tretenden böhmischen Landtage Versuche zur Verständigung zwischen den Deutschen und den Tschechen unternommen und von der Regierung nachdrücklich unterstützt werden.

Die Stellung der böhmischen Großgrundbesitzer zur politischen und parlamentarischen Lage kennzeichnet ein Communiqué über die Sitzung des Klubs der dem Reichsrat angehörenden böhmischen Großgrundbesitzer. Der Klub hat nachstehende Resolution angenommen:

Der Austritt des Kabinetts Clary bedeutet nach Ansicht des Klubs den Mißerfolg des von dem scheidenden Ministerium unternommenen Versuchs, gegen das Majoritätsprinzip, das die Grundlage des Parlaments ist, und gegen das Prinzip der Gleichberechtigung der Völker zu regieren. Der Klub behält sich vor, seine Stellung zu der kommenden Regierung nach deren Maßnahmen einzurichten, spricht jedoch den wahren Wunsch aus, daß dieses Kabinett diejenige Vorbedingung schaffen möge, die es ermöglicht, daß manche Streitpunkte der Tschechen und Mähren bewohnenden Nationen durch ein Einvernehmen geschlichtet werden, und daß dadurch die Lösung der das Reich seit Jahren schwer schädigenden Staatskrise herbeigeführt werde. Der Klub verhält in Sachen der sprachlichen Verhältnisse Böhmens auf den in der Resolution vom 7. Oktober kundgegebenen Absichten und wird nach den darin ausgesprochenen Grundätzen sein Verhalten in allen andern die gemeinsprachigen Königreiche und Länder betreffenden Fragen einrichten. Der Klub gedenkt das feste Bündnis mit den Parteien der Rechten unerschütterlich aufrecht zu erhalten, jener Rechten, welche trotz der schwierigen Verhältnisse der letzten Monate fortbesteht und welche sich abermals als einziger fester Punkt in dem parlamentarischen Gefüge erwiesen hat.

Frankreich.

Paris, 25. Dezember. (Fig. Ver.) In den Wahlmännern wählen zum Senat hat die vereinigte sozialistische und radikalste Liste des Pariser Gemeinderates durchweg gesiegt. Es wurden 80 Wahlmänner („Delegierte“) mit einer Stimmenzahl von 38 bis 89 Stimmen gewählt. Die beiden Gruppen hatten das ihnen angebotene Zusammengehen mit den Bourgeois-Republicainern abgelehnt.

Das sozialistische Generalkomitee hat in seiner letzten Sitzung, wie vorausgesehen, die Verteilung an den Senatswahlen beschlossen und empfohlen. Die Resolution, die von Jourdes beantragt und von Sembat bekräftigt wurde, lautet: „Obwohl der Kongress sich über die Frage nicht ausdrücklich ausgesprochen hat und unter der besten Beachtung der früheren Beschlüsse, welche die sozialistisch-revolutionäre Partei (Blanquisten), die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei (Allmanisten), die kommunistische Alliance und die Föderation des Doubs-Departements binden, — beschließt das Generalkomitee, den Genossen den einschlägigen Rat

zu geben, fortan sich an den Senatswahlen zu beteiligen, um auch auf diesem Gebiete, wie auf jedem andern, den Kapitalismus und die Reaktion zu bekämpfen.“

Vor dem Staatsgerichtshof in Paris begann am zweiten Weihnachtstage der Generalstaatsanwalt Jean Plaidoyer. Er erklärte, daß er die Anklage gegen Chevilly, Fréchencourt, Bourmont, Vaillères, Brunet und Gailly fallen lasse. Weiter führte er aus, daß die Angeklagten, trotz der Abweichungen in ihren Ansichten, einig gewesen seien in ihrem Haß gegen die Republik und in der Absicht, dieselbe zu stürzen. Buffet und Gailly widerprechen geräuschvoll. Der Staatsgerichtshof beschließt ihre Ausschließung von den Sitzungen. Im weiteren Verlauf seiner Rede bespricht der Generalstaatsanwalt die verschiedenen Stundgebungen, an denen die Angeklagten beteiligt sind.

Der wegen Beleidigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Déroulède macht auch wieder von sich reden. Er hat seinen Advokaten benachrichtigt, daß er auf jede Verteidigung verzichte.

Paris, 27. Dezember. Die Nationalisten verbreiten des Gerücht, Präsident Loubet drohe mit der Abdankung, da zwischen ihm und Waldeck-Rousseau Meinungsverschiedenheiten beständen. In Regierungskreisen verneint man, von alledem nichts zu wissen.

Auch eine napoleonische Kundgebung ist wieder einmal zu verzeichnen. Prinz Napoleon richtete an den Maire von Ajaccio anlässlich des bevorstehenden hundertjährigen Jubiläums des ersten Konsulats einen Brief. Der Prinz preist das Werk Napoleons, und sagt hierauf, die Verbannung, von der er betroffen worden, betrübend, diese Maßregel habe nicht dazu beigetragen, Frankreich die Ruhe wiederzugeben, und giebt schließlich dem Wünsche Ausdruck, daß für Frankreich die nationale Versöhnung kommen möge, an welcher er, der Prinz, arbeiten werde getreu den Ueberlieferungen des ersten Konsuls.

Die französischen Thronprätendenten müssen immer von Zeit zu Zeit etwas von sich hören lassen, damit sie nicht ganz in Vergessenheit geraten.

England.

Die russische Gefahr.

Den „Times“ wird aus Odesa vom 23. Dezember gemeldet: Obgleich die strenge Kälte in ganz Südrussland andauert, geht doch noch fortwährend vom Schwarzen Meer nach den asiatischen Besitzungen Russlands im fernem Osten Verstärkungen ab. Seit letzten Donnerstag gingen tausend Mann mit dem Kreuzer „Potemostaw“ von hier ab, außerdem eine große Anzahl von Militärspezialisten, Krankenschwestern und anderem Personal zur Errichtung eines Feldhospitals.

Belgien.

Die Dotation des Grafen von Flandern hat wieder zu einem parlamentarischen Skandal Anlaß gegeben. Der Graf von Flandern ist der Bruder des Königs, wie dieser außerordentlich reich, und dennoch bezieht er aus der Tasche des Volks eine jährliche Dotation von 200 000 Franks, ohne daß er dafür dem Staat irgend welche Dienste zu leisten hat. Unsere Genossen Demblon und Branquart brachten bei der letzten Budgetdebatte die Sache zur Sprache und beantragten Streichung des Postens. Man antwortete ihnen, der Graf gebe das Geld, welches er empfangt, für wohlthätige Zwecke aus, worauf unsere Freunde erwiderten, aus der Tasche anderer Missethäter geben, das sei kein besonderes Verdienst. Das Gefühl der Merkmalen und kapitalistischen Majorität nicht, die es mit der, ihre Interessen so eifrig fördernden königlichen Familie nicht verderben will; und die Dotation wurde bewilligt.

Italien.

Eröffnung des „heiligen Jahres“. Rom, 26. Dezember. Am Sonntagvormittag um 11 Uhr nahm der Papst in feierlicher Weise die Eröffnung des „heiligen Jahres“ in der siglinischen Kapelle vor und wohnte der Ceremonie bis zum Schluß bei. Er sah sehr ermüdet aus und seine Stimme klang sehr schwach.

Rußland.

Errichtung eines neuen russischen Ministeriums. Die die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ erklärt, steht in Rußland die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Handel und Gewerbe in Aussicht. Bisher wurden die Funktionen dieser Centralbehörde von dem sogenannten „Departement für Handel und Manufaktur“ erledigt, welches eine Abteilung des Finanzministeriums darstellt. Mit der neueren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, speziell der russischen Industrie, wächst hier aber der Geschäftsgang so an, daß sich diese Organisation trotz der außerordentlichen Vermehrung des Beamtenpersonals mehr und mehr als unzulänglich erweist. Es ist deshalb in Aussicht genommen, neben diesem Departement, welches als solches bestehen bleiben würde, ein Sonderministerium für Handel und Industrie zu schaffen, und zwar wird dieses voraussichtlich in vier Abteilungen zerfallen: Handel, Industrie, Schiffahrt sowie kaufmännische und technische Bildungswesen. Auch soll ihm die kaufmännische und gewerbliche Besteuerung zugewiesen werden.

Rumänien.

Bukarest, 27. Dezember. Der Senat nahm gestern endgültig mit großer Mehrheit das bereits von der Deputiertenkammer genehmigte Gesetz an, durch welches die Beamten- und Soldatengehälter sowie die Pensionen mit einer fünfprozentigen Steuer belegt werden. Die Steuer, deren Ertrag auf 4 Millionen jährlich geschätzt wird, soll am 1. Januar 1900 in Kraft treten.

Türkei.

Zur Flucht des Schwagers vom Sultan wird gemeldet: Der Sultan ließ den Vorkämmerer Constans um seine Vermittlung bei der französischen Regierung wegen der Auslieferung von Rahmud Pascha oder wenigstens von dessen Söhnen als kaiserlichen Prinzen bitten. Constans antwortete, daß er zu seinem lebhaftesten Bedauern nicht thun könne, da dieser Fall im Anlieferungsvertrag nicht vorgesehen sei, versprach aber, dafür zu sorgen, daß Rahmud über die Grenze gebracht werde.

Asien.

Wirtschaftlicher Aufschwung Chinas. Einer Meldung der „Times“ aus Shanghai vom 24. d. M. zufolge beschloß ein Befehliger Syndikat die unverzügliche Erbauung einer Eisenbahn, welche die Riner in der Nähe des Kanals von Swatung mit Andala und Behue verbinden soll. Die Linie wird ungefähr 80 Meilen lang sein.

Aus der Frauenbewegung.

„Mütterabende“, das sind Zusammenkünfte der Lehrerinnen mit den Müttern der Kinder, sollen in München auf Veranlassung des Lehrervereins veranstaltet werden. Ihre Zweck soll sein, durch Vorträge wie durch gegenseitige Aussprache ein engeres Zusammenwirken zwischen Schule und Haus in der Erziehung der Kinder herbeizuführen. Solche Veranstaltungen bestehen schon in einigen deutschen Städten. Die Zusammenkünfte in München sollen Sonntags abgehalten werden.

Für Sielermark ist ein Frauen-Aktionskomitee mit dem Siege in Grog gebildet worden. Das Komitee wird in fester Verbindung mit der Gewerkschaftskommission und der Parteivertretung sein und deshalb durch Delegierte an den Sitzungen dieser Körperschaften teilnehmen. Die Gewerkschaftskommission stellt dem Komitee die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung. Die Frauen in Grog können schon auf Erfolge ihrer Agitationsfähigkeit zurückblicken. So erlangten die Arbeiterinnen einer Tuchfabrik infolge der Thätigkeit der Organisation den Jehnsundentag und die graphischen Arbeiterinnen den Reimsundentag.

Partei-Nachrichten.

Bei den Magistratsrats-Wahlen in München wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, der Parteigenosse Eduard Schmid zum Magistratsrat gewählt.

Belgische Arbeiter-Kongresse.

Im Brüsseler „Raison du Peuple“ wurden am Sonntag drei verschiedene Arbeiter-Kongresse angekündigt: Der „Kongress für öffentliche Gesundheitspflege“, der „Agrar-Kongress“ und der „Gewerkschafts-Kongress“.

Der Kongress für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigt sich mit Errichtung und Einrichtung öffentlicher Krankenhäuser und mit der Organisation der ärztlichen Krankenpflege, besonders der auf dem Lande. Der Kongress beschloß, zunächst Erfahrungen über die bezüglichen Zustände im Lande anzustellen.

Der Agrarkongress wird geleitet von Vanderveide. Nach langer Debatte nimmt der Kongress nachstehende Beschlüsse an:

1. Es soll eine Schrift herausgegeben werden, in welcher das Verhältnis der Bauern und Landarbeiter zu den Junkern (Seigneurs), Grundbesitzern, der Kirche und den Staat geschichtlich dargestellt werden soll.
 2. Vornahme von Studien bezüglich einer kollektivistischen Ver-wirtschaftung des Grund und Bodens und der für die Bauern daraus resultierenden Vorteile.
 3. Die Genossen auf dem Lande werden verpflichtet, in die landwirtschaftlichen, bäuerlichen Vereine einzutreten, um dort Einfluß zu gewinnen.
 4. Die Partei wird einen sozialistischen Kalender für die Landbevölkerung herausgeben.
 5. Wo der Großgrundbesitz vorherrscht, werden Landarbeiter-Organisationen gebildet.
 6. Der Kongress bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen, die dann von der Gemeinde den Bauern zur Verfügung gestellt werden, unterstützen mögen.
 7. Allen Sozialisten, welche an dem letzten Gemeinderats-Wahlkampf mit beteiligt waren, wird empfohlen, Konsumgenossenschaften zu begründen.
 8. Der Kongress erklärt die Idee, in besonders hierfür geeigneten Vaugemeinden Kooperationsgenossenschaften zur Produktion von Getreide und Eiern zu begründen, für realisierbar.
- Zum Schluß hielt Vanderveide einen sehr interessanten Vortrag über den Agrarsozialismus.

Der Gewerkschaftskongress tagt im großen Saale des „Volkshauses“ unter dem Vorsitz Anjeles. Ueber 800 Gruppen der Partei, über hundert Gewerkschaften und neutrale Gruppen sind vertreten. Als erster Punkt steht zur Verhandlung die „Arbeiter-Versicherung“. Von Despoite, Redacteur des „Peuple“, der sich im Prinzip für die staatliche Versicherung ausspricht, liegt ein Antrag vor, der den Arbeitern, welche Mutualisten (auf Gegenseitigkeit Versicherte) sind, aus Gründen der Gerechtigkeit, sich den staatlichen Versicherungen anschließen. In Belgien zahlt nämlich der Staat für jeden Kranken, den ein Selbstversicherter in eine Pensionskasse zahlt, 60 Cts. zu, außerdem leisten auch eine Anzahl Provinzen und Kommunen einen weiteren Beitrag von je 50 Cts. Dieses Gesetz machen sich die großen Unternehmer (Zamvax etc.), die sich meist in den Händen liberaler Kapitalisten befinden, zu nütze. Der Staat unterstützt heute also in Wirklichkeit diese Gesellschaften. Das will Despoite vermeiden wissen. Durch Massenbeitritt der Arbeiter soll erreicht werden, daß der Staat immer größere Summen als Subvention zu zahlen habe, so daß die Summe von 8-9 Millionen bald erreicht ist, welche nach dem Projekt Denis für die Einführung staatlicher Pensionskassen nötig ist. Auf diese Weise soll der Staat zur Uebernahme der Arbeiter-Versicherung gezwungen werden.

Diese Vorschläge wurden von dem Kongress mit großer Majorität verworfen. Es wurde geltend gemacht, daß diese Politik die Kernsteine der Armen, welche nicht in der Lage sind, sich selbst zu versichern, noch für lange Zeit von jeder Versicherung gegen Invalidität ausschließen würde. (Die Verhandlungen werden verlag.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bäckerei-Arbeiter! In der Großfabrik H. Sobel jr. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Wie erinnertlich, waren feinerzeit durch Bericht unter „Gewerkschaftliches“ sowie durch Annonce der Firma selbst („Vorwärts“ 15. Oktober) die damaligen Differenzen beigelegt, indem den Arbeitern versichert wurde, daß der Firma jede Maßregelung der Arbeiter wegen deren politischer Gesinnung fernzulegen habe, auch keinerlei Lohn-Reduktionen, sondern nur Lohn-Änderungen beabsichtigt gewesen seien. Die Firma versprach damals durch Ehrenwort, bei allen Änderungen in Betrieben vorher mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Diese Verbindungen waren schon bisher durch allerhand Manipulationen seitens der Firma durchbrochen worden. Ihr gegebenes Ehrenwort aber hat die Firma so gehalten, daß sie den beiden Vertretern der Arbeiter zum Weihnachtsgeschenk folgende Rohpostkarte sandte:

„Schändigen Ihnen hiermit zum Freitag, den 20. Dezbr. 1899. Sie haben von heute an nichts mehr in der Bäckerei zu thun. Ihr Lohn bis inkl. Freitag nebst Ihrer Karte und Krankenkassenbuch und Ihre Arbeits-Sachen werden Ihnen Freitagabend um 6-7 Uhr zugehen. Johannes Thiem, H. Sobel jr.“

Da es voraussichtlich zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung im Betriebe kommen wird, so ist Bezug bis auf weiteres fernzuhalten.

Für die gewahregelten und arbeitlosen Bekehrten in Wiltberg gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beträge ein:

200 Gewerkschaftsartikel Rydberg durch Reich: am 20. Dezember 15,—, am 22. Dezember 20,—. Von den Steinmetzen Wimmel u. Co. durch Burgardt 10,—. Schuhmachergewerkschaft Röhr u. Speyer durch Riis 6,—. Möbelfabrik Pfaff, Wilschauerstraße, durch Falbe 25,00. Planfabrik Pinte u. Co., Elisabeth-Ufer, d. Hannel 12,00. Von Julius Müller, Maurer-poller, Döhnerstr. 9, in Erinnerung seiner Jugendjahre in Wiltberg, 3,—. D. Klein m., Kaffeter, durch D. Schulz.

Ausland.

Der Kongress der holländischen Bildhauer, der während der Weihnachtseierzeit in Amsterdam tagte, war von dem Internationalen Komitee der Bildhauer angeregt, von diesem auch beifällig. Der Zweck des Kongresses sollte sein, eine bessere Organisation der holländischen Bildhauer und deren Anschluß an die internationalen Konferenzen. Beschlossen wurde, die gegenseitige Unterstützung der auf Reisen befindlichen Mitglieder einzuführen. In der Debatte zeigte es sich, daß die Holländer vielfach entweder noch in den bürgerlichen Ideen sich bewegen oder aber anarchistischen Anschauungen huldigen. Der Kongress dürfte aber, so wird uns geschrieben, nach dieser Richtung hin Wandel schaffen.

Der Grubenarbeiter-Aufstand in St. Etienne ist nunmehr zum Ausbruch gekommen. In einer Versammlung, die von 2500 Vergewaltigten besucht war, wurde eine Tagesordnung angenommen, in der eine Erhöhung der Löhne, Verminderung der Arbeitszeit und Anerkennung der Organisation gefordert wird. Die Vermittlungs-Vorschläge, die den Unternehmern vorher unterbreitet worden waren, haben diese strikte abgelehnt. In den demonstrierenden Grubenarbeitern gefiel sich auch die Vergeltung von Firming, die ebenfalls die Arbeit niedergelegt haben, so daß es zu großen Kundgebungen in den Straßen und der Arbeiterbörse von St. Etienne kam. Außerdem sind die Weber von Etienne in eine Lohnbewegung eingetreten.

In Havre haben zu Weihnachten die Straßenbahnbediensteten die Arbeit eingestellt; es konnten am 25. Dezember nur 13 Wagen in Betrieb gesetzt werden.

Deutsches Reich.

Schutz des Arbeitwilligen. Vom Schöffengericht in Leipzig wurde ein Hornier, der sich mißthätig über einen Glaserarbeiter äußerte, der während des Hornierstreiks Hornierarbeit geleistet hatte, zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Als Schöffen fungierten ein Ingenieur, der Mitglied des Metallindustriellenverbandes ist, und der Obermeister der Malerzunft. — Ein Schneider erhielt 14 Tage Gefängnis, weil er einen Arbeitwilligen „Streikbrecher“ genannt hatte.

Konferenz der Maurer Deutschlands (Vertrauensmänner-Centralisation).

Am 2. und 3. Feiertag tagte die Konferenz in Buxtehde. Anwesend waren 30 Delegierte aus 22 Orten, außerdem der erste Vertrauensmann und zwei Revisoren. Kater, der den Geschäftsbericht des Vertrauensmannes erstattete, bemerkte unter anderem: Die Organisation habe seit der letzten am 7. April in Braunschweig abgehaltenen Konferenz bedeutende Fortschritte gemacht. Fast in allen Orten, wo die Vertrauensmänner-Centralisation festen Fuß gefaßt hat, hätten Streiks stattgefunden, die einen günstigen Verlauf hatten. Die Abrechnung für die Zeit vom 7. April bis 23. Dezember weist eine Einnahme auf von 6126,09 M., eine Ausgabe von 3074,87 M., einen Bestand von 3051,22 M. — Dem ersten Vertrauensmann wurde Dedargé erteilt und beschlossen, daß er in Zukunft über alle eingegangenen Gelder und ausgegebenen Marken in der „Einigkeit“ quittieren soll.

Hieraus gaben die Delegierten Situationsberichte über die örtlichen Verhältnisse ihrer Organisation und den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung an Ort.

Am 3. Feiertag stand der Punkt: Agitation und Organisation auf der Tagesordnung. Der Referent Kater führte unter anderem aus: Wenn uns von den Central-Verbänden nichts weiter trennen würde, als der Umstand, daß wir in den Gewerkschaften Politik treiben wollen, der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes hindert, die einzelnen Vereine miteinander in Verbindung treten zu lassen, dann stände uns jetzt nichts mehr im Wege, zu den Verbänden überzugehen. Seitens der Verbände ist aber bis jetzt noch keine Stimme laut geworden, die dafür eingetreten wäre, daß die Gewerkschaften jetzt, nachdem das Verbindungsverbot gefallen ist und den Verbänden nichts mehr entgegensteht, um sich politisch zu betätigen. Politik treiben sollen. Die Verbände wollen unpolitisch sein. Redner citierte verschiedene Ansprache Legens, um darzutun, daß dieser hervorragende Verbandsführer betont habe, die Gewerkschaftsbewegung müsse eine unpolitische sein. In einer Versammlung, die kürzlich in Krefeld stattfand, habe Legens die Arbeiter vor der von Kater vertretenen Organisationsform gewarnt, indem er die letztere als sozialdemokratisch bezeichnet, und den Verband (der Textilarbeiter) damit empfahl, daß er den nicht sozialdemokratischen, unpolitischen Charakter desselben betone. Redner fährt weiter aus: Die Vertrauensmänner-Centralisation stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie den Interessen der Arbeiterklasse wirklich dienen wolle, eine ausgebrochene sozialdemokratische sein müsse, und das unterstehe diese Organisation nach wie vor von den Verbänden. Die Ziele der Sozialdemokratie müssen auch in der Gewerkschaft den Arbeitern als Ideal, welches sie zum Kampf und Opfern begeistert, vorzuführen. Unpolitische Gewerkschaften, denen die gewerkschaftliche Bewegung Selbstzweck ist, würden eine Gefahr für die sozialdemokratische Partei werden, während dagegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Bewegung der Partei fördern. Diese Gegenstände trennen die Vertrauensmänner-Centralisation auch ferner von den Verbänden. — Weiter sprach der Redner darüber, wie die Agitation am zweckmäßigsten zu betreiben sei. Auch die Diskussion drehte sich zum Teil um diesen Punkt. Lindenbahn-Halle bemerkte, wenn die Verbände erklären, daß sie Politik im Sinne der Klassenbewußten Arbeiter treiben wollen, dann sei das Trennende zwischen beiden Organisationsformen gesunden und der Widerspruch in der gewerkschaftlichen Bewegung müsse demzufolge beseitigt werden. Regle-Verlin bezweifelte, daß dies der Standpunkt der Halle'schen Maurer sei. Nicht nur die Politik sei das Trennende, sondern, wie schon Kater sagte, daß die Menschen und die Verhältnisse in den verschiedenen Orten sehr verschiedene seien, und deshalb nicht von einer Centralstelle aus nach einer Schablone behandelt werden können. Sollte die Ansicht Lindenbahns von seinen Halle'schen Kollegen geteilt werden und diese sich im Verband möglicher fühlen, dann sei eine reinliche Scheidung wünschenswert. Lindenbahn-Halle brachte hierauf folgende Resolution ein: Die Konferenz erklärt: So lange die Verbände einseitig in ihrem Interesse wirken, sind unsere Wege getrennt. Sollte aber der Verband zu der Einsicht kommen und nach Aufhebung des Verbindungsverbot die Politik einschlagen, lassenbewußte Kämpfer für die Arbeiterpartei zu schaffen, halten wir es außer Zeit, uns zusammenzuschließen. — Martin-Halle erklärte, der Standpunkt Lindenbahns werde nur von der Zeitung des dortigen Vereins, aber nicht von der Mehrheit der Kollegen geteilt. Lindenbahn vernahm sich dagegen, daß er mit steigenden Jahren in das Lager der Verbände übergegangen wolle; er finde es aber eigenartig, daß er deshalb angegriffen werde, weil er die Vereinigung mit dem Verband unter der Voraussetzung bestrafte, daß der letztere das Trennende zuvor bejeitige. Kater erwiderte um Ablehnung der Resolution Lindenbahn, weil aus derselben alles herausgehoben werden könne, was den Kollegen an diesem oder jenem Orte paßt.

Die Resolution Lindenbahn wurde mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Angenommen wurden folgende Resolutionen:

1. Die Aufhebung des Verbindungsverbot für Vereine, die bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, giebt keinen Grund, an unserer Organisation etwas Wesentliches zu ändern.

Wir halten nach wie vor es für notwendig, für die Ausbildung und Erziehung der Kollegen zu zielbewussten Sozialdemokraten und opferfertigen, die Pflichten der Solidarität richtig begriffenden und übenden Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisation, daß überall, wo es irgend angeht, möglichst stark Fachvereine gegründet werden, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten und Politik beschäftigen. Wir wissen aus Erfahrung, daß zu solcher Erziehung das Zusammenwirken und sich Zusammengehören in geschlossenen Vereinen notwendig ist, und durch gelegentliche öffentliche Versammlungen in genügendem Maße nicht erreicht werden kann.

2. Für die praktische Lohnbewegung ist es aber notwendig, auch solche Kollegen zur Leistung und Mitarbeit heranzuziehen, die aus irgend einem Grunde keinem Verein oder einer anderen Organisation angehören. Es bleibt also nach wie vor erforderlich, neben den Fachvereinen Lohnkommissionen, Vertrauensleute und einen Streik- und Agitationsfonds einzurichten, zu dem alle am Orte befindlichen Maurer Beiträge leisten können. Die Einrichtung und Verwaltung dieses Fonds ist der örtlichen Entscheidung überlassen. Als organisiert gelten im allgemeinen nur solche Kollegen, die dem Fachverein angehören und auch ihre Pflicht dem Streik- und Agitationsfonds gegenüber erfüllt haben.

3. So aus irgend welchen Gründen es unmöglich ist, einen Fachverein zu gründen, genügt es, wenn nur eine Lohnkommission oder ein Vertrauensmann gewählt, auch die Sammlung zum Streik- und Agitationsfonds eingerichtet wird. In diesem Falle gelten die Maurer, die den Nachweis führen, daß zum Streik- und Agitationsfonds regelmäßig gesteuert haben, als organisiert.

Solche Organisationen haben dafür Einrichtungen zu treffen, daß die durch Kongress- und Konferenzbeschlüsse festgesetzten Leistungen für den ersten Vertrauensmann der Maurer Deutschlands und dem Organ unserer Centralisation, der „Einigkeit“ Gemäße geleistet wird.

4. Dagegen fallen wegen Aufhebung des Verbindungsverbot die Beschränkungen weg, daß Vorstand des Fachvereins und die Mitglieder der Lohnkommissionen verschiedene Personen sein müssen.

Es können, wo es zweckmäßig erscheint, beide Körperschaften ganz oder teilweise dieselben Personen enthalten.

II. Alle selbständigen Organisations unseres Berufs sind verpflichtet, Agitationskommissionen zu bilden. Dieselben haben die Agitation innerhalb und außerhalb ihres Ortes zu betreiben und dem Vertrauensmann vierteljährlich Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten. Die Kosten der Agitationskommissionen werden, soweit der Kreis ihrer Thätigkeit nicht 15 Kilometer umfaßt, von den betreffenden Organisationen selbst ausbezahlt. Wird die Agitation über diesen Kreis ausgedehnt, dann hat der erste Vertrauensmann die Kosten zu beden. Derselbe hat für sämtliches Agitationsmaterial zu sorgen und im gegebenen Falle die Agitation zu unterstützen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Regelung von Streiks, Sperren und deren Unterstützung, wurde nach einem Referat Katers und längerer Diskussion folgendes beschlossen: Es ist Aufgabe der örtlichen Organisation oder des Vertrauensmannes, danach zu streben, daß gemeinsam mit den Vertretern anderer etwa am Orte bestehenden Organisationen und den unorganisierten Kollegen eine Regelung der Streiks und Sperren und deren Unterstützung erreicht wird. Dabei ist folgender Grundsatz zu beachten: Der erste Vertrauensmann der Maurer Deutschlands ist sofort, wenn ein Ausstand ausgebrochen ist oder ausbrechen droht, zu benachrichtigen, damit er mit den Kollegen am Ort alle weiteren Maßnahmen treffen kann.

Weber die Presse referierte Franz Schulz-Verlin. Er sagte unter anderem: Die Abonnentenzahl der „Einigkeit“ sei nach der obligatorischen Einführung derselben erheblich gestiegen. Das Blatt habe unter den Maurern 4780 Abonnenten (davon in Berlin 2148), es werde vom 1. Januar ab um einen halben Bogen vergrößert werden.

Der letzte Punkt der Tagesordnung war: die Stellung der Organisationen zur Geschäfts-Kommission der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands. Der Referent Gehl-Verlin stellte hierzu folgenden Antrag, welcher nach kurzer Debatte angenommen wurde:

Das bisherige Verhältnis der Organisationen unseres Berufs zur Geschäfts-Kommission bleibt, soweit es sich um die Verbindung mit derselben handelt, daselbe. Die Beiträge, welche die einzelnen Organisationen (pro Mitglied und Quartal 5 Pf.) an die Geschäfts-Kommission zu entrichten hatten, werden nicht mehr von diesen, sondern vom ersten Vertrauensmann der Maurer Deutschlands aus dem Agitationsfonds vom 1. Januar 1900 ab bezahlt.

Nun ersten Vertrauensmann wurde Kater-Verlin wiedergewählt und Regle mit Stellvertretung desselben beizutreten. In Revision wurden Schulz-Verlinterfeld und Gehl-Verlin bestimmt.

Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: Die Delegierten verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß der 1. Mai durch allgemeine Arbeitstube gefeiert wird.

Kater schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß den Delegierten der prinzipielle Unterschied zwischen den Verbänden und den Vertrauensmänner-Centralisationen in den über diesen Punkt gepflogenen Debatten klar geworden sein möge, und sie auch ferner im Sinne dieser Organisation wirken werden.

Sociales.

Der Vorstand der hanseatischen Versicherungsanstalt für Alter und Invalidität macht dem Ausschusse dieser Anstalt neue Vorschläge für eine weitere Ausdehnung ihrer Thätigkeit auch in der Fürsorge für die Versicherten. In dem Aktienstücke heißt es:

Nach § 45 des mit dem Beginne des Jahres 1900 in Kraft tretenden Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 kann durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses einer Versicherungsanstalt bestimmt werden, daß die über den zur Deckung ihrer Verpflichtungen dauernd erforderlichen Bedarf hinausgehenden Ueberflüsse von deren Sondervermögen zu anderen als den im Gesetze vorgesehenen Leistungen (d. i. Renten-zahlungen, Beitragsbeiträgen, Ausgaben für das Heilverfahren bei Versicherten) im wirtschaftlichen Interesse der der Versicherungsanstalt angehörenden Rentenempfänger, Versicherten, sowie ihrer Angehörigen verwendet werden. Unser Streben bisher darauf gerichtet gewesen ist, daß von den durch das Invalidität- und Alters-versicherungsgesetz gebotenen Möglichkeiten, mit den Mitteln der hanseatischen Versicherungsanstalt den bei der versicherten Personen zu nützen und zu helfen, so weit als irgend möglich Gebrauch gemacht werde, so beabsichtigen wir auch die durch den angeführten § 45 gebotene neue Gelegenheit hierzu in möglichst ausgedehntem Umfange zu Gunsten der Versicherten auszunutzen.

Weber alle seine Pläne kann sich der Vorstand noch nicht anheben, weil dazu erst umfassende Erhebungen über die finanziellen Möglichkeiten nötig seien, doch bringt er schon jetzt in Vorschlag, daß die Versicherungsanstalt:

1. zur Handhabung des Heilverfahrens bei Angehörigen von Versicherten und Rentenempfängern Aufwendungen macht und
2. durch Aufwendungen für Familienunterstützungen, die über das aus den §§ 18 und 47 des Invaliden- und Versicherungsgesetzes sich ergebende Maß hinausgehen, das Heilverfahren und die Rentenzahlungspflichten bei Versicherten und Renten-Empfängern fördert.

Für die Uebernahme des Heilverfahrens für Angehörige soll in erster Linie Zungenüberlöse in Betracht kommen, andere Erkrankungen jedoch nicht ausgeschlossen sein. Es werden vorläufig 125 000 M. jährlich als erforderlich bezeichnet. Die in Verbindung mit dem Ausschusse zu fassenden Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Bundesrats. Das Vorgehen dieser Versicherungsanstalt ist sehr anerkennenswert. Sie ist die erste, die den Versicherten die Vorteile des neuen Gesetzes nutzbar zu machen sucht.

Sociale Rechtspflege.

Vom Segen der Sozialgesetzgebung. Der Fingler Schulz hat in der Finglerzeitung beim Besuche eines Herdes. Das Tier schlug aus und traf Schulz in der Leistengegend. Schulz verrichtete dann noch einige leichtere Arbeiten, erklärte am anderen Morgen aber, er müsse zum Arzt gehen, denn er werde wohl einen Wund haben. Der Arzt Dr. Zagarewitsch stellte einen doppelseitigen Leistenbruch fest und sprach sich in einem Gutachten dahin aus, daß der Wund plöglich entstanden und durch den Stusschlag veranlaßt sei. Die Finglerlei-Vereinsgenossenschaft lehnte es trotzdem ab, Schulz eine Anfallrente zu gewähren. Das Schiedsgericht verurteilte sie aber demnach, indem es sich auf das Gutachten des Dr. Zagarewitsch berief. Hiergegen legte die Vereinsgenossenschaft Rekurs ein und machte geltend, daß es bei plöglicher Entstehung eines Bruches dem Verletzten unmöglich sei, noch weiter zu arbeiten. Das Reichs-Versicherungsamts wies dem auch den Kläger unter Aufhebung des schiedsgerichtlichen Urteils mit seinem Anspruche endgültig ab. Zur Begründung wurde ausgeführt: Dr. Zagarewitsch sagte in seinem Gutachten, daß eine Entzündung oder andere Reizerkrankungen bei der Untersuchung des Verletzten nicht vorhanden gewesen seien. Wenn er trotzdem eine plögliche Entstehung des Bruches annehme, dann stelle er sich damit ausdrücklich in Gegensatz zu den meisten Ärzten und den Autoritäten auf dem Gebiete der Wundheilung. Ferner spreche gegen die plögliche Entstehung, daß der Kläger nach dem Unfalle noch stundenlang weiter gearbeitet habe, was erfahrungsgemäß nicht möglich sei, wenn der Wund plöglich entstände. Leistenbrüche entstehen meist allmählich, ihre plögliche Entstehung als Folge eines Betriebsunfalles müsse deshalb genau nachgewiesen werden. Dieser Nachweis könne hier nicht für geführt erachtet werden.

Vom Kriege.

Während der Weihnachtsfeiertage scheint sich auch auf dem Kriegsschauplatz in Südafrika die Lage nicht besonders verändert zu haben. Und voraussichtlich wird es auch für einige Zeit ruhig bleiben, weil

die Engländer nach ihren Niederlagen nicht zu neuen Angriffen übergehen, sondern erst die Anordnungen der neuernannten Oberbefehlshaber abwarten werden, während sich die Boeren scheinbar überhaupt auf die Verteidigung beschränken.

Mittlerweile haben sich der neue Oberbefehlshaber und der neue Generalstabschef bereits vereinigt. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist dort am Mittwoch der Dampfer „Dunottar Castle“ mit Feldmarschall Roberts an Bord eingetroffen. Lord Kitchener begab sich an Bord der „Dunottar Castle“, welche darauf nach Südafrika abging.

Einige englische Blätter wollen uns angeblich guter Quelle wissen, daß, falls die Boeren nicht die Offensive ergreifen, bis nach der Ankunft von Lord Roberts in Südafrika keine wichtige militärische Bewegung dort stattfinden werde. Roberts werde den ursprünglichen Feldzugsplan wieder aufnehmen, die Divisionen Gatacre, Warren und French mit einander verschmelzen und direkt nach Bloemfontein marschieren, wodurch, wie gehofft wird, viele Boerentruppen von Ladysmith und der Westgrenze des Kaplandes abgelenkt werden würden. Inzwischen werden Maselen und Kimberley ihrem Schicksal überlassen und indigenfalls besperrt werden. Alle Verpfändungen, die unterwegs sind oder noch einzuschiffen sind, würden nach der Süd- und der Westgrenze des Oranjerestriats gesandt werden.

Englische Meldungen.

Ueber kleinere Vorfälle auf dem Kriegsschauplatz wird aus London berichtet. Danach hat General Buller einen neuen Vorstoß auf Colenso unternommen, über welchen aus dem britischen Lager von Chieveley vom 19. d. M. gemeldet wird: Heute wurden die Verschanzungen und Erdwerke der Boeren bei Colenso von unserer Artillerie zwei Stunden lang mit Lyddit-Granaten beschossen. Die Hauptverschanzungen wurden dabei zerstört, so daß es jenen Boeren, die mit Wagen und Geschützen auf dieser Seite des Flusses stehen, schwer fallen wird, wieder hinüber zu gelangen. Die englischen Schiffgeschütze beschossen die Chiveleybrücke von Colenso und zerstörten dieselbe völlig. Nach einem Telegramm des „Netherischen Bureau“ aus Chiveley sind auch am 20. ds. Mts. die Stellungen der Boeren in Colenso und am jenseitigen Tugela-Fluss einige Stunden lang mit Lyddit-Granaten beschossen worden. Die Boeren antworteten nicht.

London, 27. Dezember. Dem „Netherischen Bureau“ wird aus Modder River vom 21. d. M. gemeldet: Ein Hin und wieder unterbrochenes Geschützfeuer dauert heute auf beiden Seiten an. Die Geschütze der Boeren gingen zu kurz. — Eine amtliche Meldung aus Kapstadt vom 26. dieses Monats besagt, die Lage sei unverändert. General Methuen melde, daß die ihm gegenüberstehende feindliche Streitmacht sich vergrößert habe und damit beschäftigt sei, sich 1/2 Meilen von den englischen Vorkosten entfernt zu verschanzen. — General Gatacre sei bemüht, die Verbindung mit den Kohlengruben von Indwe wiederherzustellen.

Nach in Wien eingelaufenen, vom „Bureau Herold“ verbreiteten Privatbescheiden aus einer Boerenliste soll Ladysmith am 22. d. M. kapituliert haben, 9000 Engländer, 52 Kanonen, der ganze Eisenbahnpark, sowie große Munitionsvorräte sollen den Boeren in die Hände gefallen sein.

Die Nachricht bedarf jedenfalls noch sehr der Bestätigung.

Aufstand der Kap-Boeren.

Sicher ist jedenfalls, daß den Engländern in ihrer eigenen Kapkolonie große Schwierigkeiten bereitet werden. Die englischen Blätter und Telegramme sprechen jetzt selber offen davon. Das englische Netherische Bureau meldet aus Kapstadt vom 20. d. Mts., täglich mehrten sich die Beweise von einer weitverbreiteten aufständischen Bewegung in der Kapkolonie. In dieselbe sind drei Mitglieder des Kap-Parlaments verwickelt. Der eine derselben überreichte vor 200 Personen eine Führe des Oranjerestriats feierlich einem Boerenkommandanten und sprach dabei die Hoffnung aus, der Kommandant möge sie zu Ruhm und Sieg tragen. Von dem anderen Kap-Parlamentsmitglied ist es bekannt, daß er sich offen für den Feind ausgesprochen hat. Der Sohn und die Tochter des dritten sind gefangen worden, wie sie die Farben des Oranjerestriats trugen. Ähnliches liegt gegen eine Anzahl wohlhabender Farmer in der Kapkolonie vor.

Die „Times“ melden aus Sterkfontein vom 19. Dezember: Nicht lokale Gesinnung, sondern Zucht hält vor einem allgemeinen Aufstande zurück. Die in den einzelnen Orten befindlichen Anhänger des „Africanerbond“ sind „illegal“. Ebenso wird berichtet, daß mit wenig Ausnahmen fast alle Ortschaften in dem nördlichen Kaplande illegal seien. Die Freistaatkommandos seien zwar enttäuscht über die kleine Zahl von Freiwilligen, welche sich zum Kriegsdienst gestellt haben. Sollten aber Zweifel darüber entstehen, daß England seine Fänge bis zum äußersten durchzuführen könne, dann würden alle Kolonialboeren zu den Waffen greifen.

Weiter melden die „Times“ aus Modder River vom 19. Dezember: Die Loyalität der Holländer im Westen der Kapkolonie ist noch im Schwanken. Die Befandhaltung der Holländer der Kolonie ist unverändert geblieben, allein die Mißstimmung ist gewachsen durch die Niederlage von Methuens Entschaffungen. Es ist viel notwendiger, der Kolonie schnellstens Erleichterung zu verschaffen, als in das Gebiet der Boerenrepubliken einzudringen.

Ein Brief Krügers an die Amerikaner.

Das New Yorker „Journal“ veröffentlicht einen Brief des Präsidenten Krüger an die amerikanische Nation. Der Präsident begrüßt darin den Präsidenten und das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika und erklärt, daß er stets bereit gewesen wäre, sich einem Schiedssprüche zu unterwerfen; England aber habe dies immer verweigert. Krüger schließt: Demnach sind wir zum Kriege gezwungen gewesen, denn England sandte Tausende von Soldaten nach Südafrika und bis an unsere Grenzen mit dem stillen Eingeständnis, uns zu zwingen, alles das zu thun, was England uns auferlegen bestehen würde. Die große amerikanische Nation, welche vor mehr als hundert Jahren gegen dieselbe englische Nation kämpfer mußte, um ihre Freiheit aufrecht zu erhalten, werde der kleinen Schwerver- Republik in der Ferne gewiß ihre Sympathie anwenden bei ihrem Kampfe gegen ein mächtiges Reich, um ihr Eigentum und ihre Unabhängigkeit zu schützen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 27. Dezember. (W. T. B.) Der bisherige Ministerpräsident Graf Clary ist zum Statthalter von Steiermark ernannt worden.

Budapest, 27. Dezember. (W. T. B.) Auf der Lokalbahn Kronstadt-Saronszfel wurde eine Drahtlinie, in der Arbeiter saßen, von einem Maschinenzug überfahren. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer, einer leicht verletzt. Die Schuld trifft die Arbeiter.

Paris, 27. Dezember. (W. T. B.) Staatsgerichtshof. In der heutigen Sitzung legte der Generalstaatsanwalt seine Rede fort. Gegen Guérin verlangt der Generalstaatsanwalt die volle Strenge des Gesetzes, gegen Lurjaumes Verurteilung in contumaciam. Präsident der Generalstaatsanwaltschaft am Schluß seiner Rede noch betont hatte, daß die Republikaner hinsichtlich der Liebe zum Vaterlande keinerlei Vergleich mit anderen Parteien zu ziehen brauchen, beantragt er Freisprechung und sofortige Freilassung der sechs Angeklagten, gegen welche er die Anklage fallen gelassen habe. Nach einer Pause verliest der Präsident Fallières das Urteil, durch welches Guérin, Fédoucourt, Gourmont, Guéret, Baillères und Gailly freigesprochen werden und ihre Freilassung verfügt wird. Als Gailly sich entfernt, ruft er: „Es lebe die Republik! Nieder mit den Juden!“ — „Nun ruft: „Es lebe die Freiheit!“ — Darauf wird die Sitzung ausgeschrieben.

Konferenz der Holzarbeiter der Provinz Brandenburg.

Der Sonntag des Jahres VI des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes trat gestern, Mittwoch, in den „Herzma-Tälern“ zusammen. Für die Verhandlungen sind zwei Tage in Aussicht genommen. Anwesend sind 82 Delegierte von 43 Holzstellen und der Gauvorstand. Als Vorsitzende wurden Stünche und Naach und als Schriftführer Weissen und Weiserich gewählt. Nach Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Massenbericht. Danach betrugen die Einnahmen der Gaukasse inkl. des alten Bestandes von 309,76 M. insgesamt 3029,31 M., die Ausgaben für die Agitation 3016,44 M., so daß ein Kassienbestand von 12,87 M. verbleibt. In der Diskussion wurde von einigen Delegierten bemängelt, daß der Berliner Reichstags-Kontrollkommission aus der Gaukasse Mittel zur Agitation zur Verfügung gestellt worden sind. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlstelle Berlin wie alle übrigen Zahlstellen den bestimmten Prozentsatz für den Gau abführt und mithin auch Ansprüche an die Gaukasse machen kann, was auch den Abmachungen mit dem Hauptvorstande entspricht.

Den Bericht des Gauvorstandes, den Stünche erstattete, war zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 125 Agitationsveranstaltungen in der Provinz stattgefunden haben. Die Versammlungen, etwa 300, die in Berlin abgehalten worden sind, sind hierbei natürlich nicht mit einbezogen. In verschiedenen Orten konnten keine Versammlungen stattfinden, da kein geeignetes Lokal zur Verfügung stand. Der Gauvorstand hat auch auf andere Weise eine rege Agitation entfaltet, eine ausgedehnte Korrespondenz geführt und zur Erledigung der Geschäfte 15 Sitzungen abgehalten. Differenzen sind in einer großen Anzahl Orte im Laufe des Jahres ausgebrochen. Teilweise sind dieselben daraus zurückzuführen, daß die Unternehmer Lohnreduzierungen oder eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen oder gar den Austritt aus der Organisation verlangt haben. In den meisten Fällen sind die Differenzen zu Gunsten der Arbeiter beendet und ist es gelungen, vielfach durch die Vermittlung des Gauvorstandes eine Lohnerhöhung bezw. eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Mehrere Streiks sind verloren gegangen, lediglich infolge des unsolidarischen Verhaltens der in Betracht kommenden Arbeiter; zum Teil auch, weil dieselben nicht genügend vorbereitet und die bestehenden Bestimmungen nicht beachtet worden sind. Wiederholt ist dem Gau- und Hauptvorstand vor Eintritt in die Lohnbewegung feinerlei Mitteilung zugegangen, sondern erst nach Ausbruch des Streiks sind Gelder zur Unterstützung verlangt worden. In einigen Orten wurde schon nach ganz kurzen Bestehens der Zahlstelle in einen Streik eingetreten, der dann zum Teil, weil die Organisation am Orte zu jung und zu schwach und weil nicht alle Umstände genügend berücksichtigt worden sind, zu Ungunsten für die Arbeiter verlaufen ist.

Dem Bericht folgte eine längere Diskussion, in der die Ursachen und der Verlauf der verschiedenen örtlichen Lohnbewegungen geschildert wurden. Hierbei wurde festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl der zum Gau gehörigen Orte die Löhne außerordentlich niedrig sind, die Arbeitszeit sehr lang ist und die Unternehmer die Organisation der Arbeiter mit allen Mitteln zu bekämpfen suchen. Des weiteren wurde angeführt, daß Arbeiten, die bisher von Männern ausgeführt worden sind, von Frauen gemacht werden, und daß neuerdings gelernte Arbeiter bei einem größeren Ausstand durch ungelernete zum Teil ersetzt wurden, ein Umstand, mit dem in Zukunft mehr gerechnet werden muß. Mit der Tätigkeit des Gauvorstandes erklärten sich fast alle Redner einverstanden und wurde nur von einigen Delegierten gewünscht, daß einzelne Zahlstellen in der Niederlausitz bei der Agitation durch Stellung von Referenten besser unterstützt werden.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht ist noch nicht beendet und wird heute fortgesetzt werden.

Lokales.

Zur Lokalkasse. In Reimendorfer stehen die Lokale von Witz, Stecher, Spandauer Weg, Gust. Gersch, Restauration und Saal „Zur Eisenbahn“ Gaststätte „Schönholz“ der Arbeiterkassette zur Verfügung. In Waldmannslust ist das Lokal „Schweizerhütchen“ frei. Die Lokalkommission. J. A.: Karl Scholz, Wangelsstraße 110.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird, da die Wahlen des Rentiers Kunge und des Gewerkschaftssekretärs Millarg für ungültig erklärt sind, zunächst aus 142 Mitgliedern bestehen und in sozialer Beziehung folgende Zusammenlegung zeigen: 30 Kaufleute, 25 Rentiers, 20 Fabrikanten, 5 Banddirektoren und Banliere, 6 Ärzte, 1 Privatdocent, 1 Direktor der Charité, 1 Direktor des Aquariums, 1 Brauereidirektor, 3 Schulmänner, 3 Apotheker, 4 Schriftsteller und Redacteure, 8 Rechtsanwälte, 2 Buchhändler, 7 Baubefähigte, 3 Ingenieure, 1 Zahnarzt, 2 Bildhauer, 3 Destillateure, 6 Schankwirte, 1 Drechsler, 2 Tischler, 2 Bildhauer, 1 Glaser, 1 Uhrmacher, 1 Kassenbeamter.

Berliner Grundstücks- und Wohnungs-Statistik. Ende 1898 waren in Berlin, wie der neueste Bericht der städtischen Steuerdeputation angibt, 24 970 benutzte Grundstücke vorhanden, davon waren 24 345 bebaut und 625 ungebaut. Außerdem wurden 1513 grundbuchlich eingetragene unbemittelte Grundstücke (Wahlstellen) gezählt. Von im ganzen 503 240 Wohnungen oder Dienst-, Geschäfts- usw. Räumen standen 13 495 leer, das sind 2,7 Proz. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ist seit Ende 1894, wo er mit 6,8 Proz. den höchsten Stand des laufenden Jahrzehnts erreicht hatte, ununterbrochen zurückgegangen. Mit 2,7 Proz. ist er fast wieder bis auf den niedrigsten Stand des vorhergehenden Jahrzehnts (Ende 1886 2,1 Proz.) gesunken.

Göttliche Weltordnung. Ein Jahreseinkommen von mehr als einer Million Mark besitzen in Berlin 14 Personen, die zusammen 813 400 M. an Einkommensteuer zu entrichten haben. Der Krösus unter diesen Jahresmillionären hat jährlich ein Einkommen von 2 200 000 M. und Steuern 87 800 M. zu zahlen. Zwei andere Berliner, die ebenfalls über 2 Millionen einnehmen, bilden mit ihm das Triumvirat der reichsten Leute Berlins. Geht man „abwärts“, so finden sich immer noch 27 Personen mit einem Einkommen von einer halben bis zu einer Million, und 88, die sich mit 250 000—500 000 M. begnügen müssen. Die Zahl derer, die 100 000 bis 250 000 M. Einkommen haben, wächst bereits auf 435, während 970 ein Einkommen von 50 000 bis 100 000 M. verdienen. 2244 Personen haben ein Einkommen von 25 000—50 000 M. und 7421 von 10 000—25 000 M. 10 517 verzeichnen in ihrem Etat eine Jahressumme von 6000—10 000 M. und 22 844 haben 3000 bis 6000 M. Einkommen. Insgesamt sind 45 017 Personen mit mehr als 3000 M. Einkommen veranlagt; sie bringen 18 214 348 M. Steuern auf. 297 097 Berliner verdienen 900—3000 M. und zahlen im ganzen 4 154 717 M. Steuern. Weit höhere Summen finden sich in den Steuerrollen bei den Einkünften der nicht physischen Personen. Das Maximum beträgt hier in zwei Fällen 10 685 000 M. und 11 415 000 M. Nach städtischer ist die Jahreseinnahme von drei juristischen Personen in Berlin, die es auf 12 270 000 M., 14 585 000 M. und 14 950 000 M. bringen.

Wirtschaftsergebnisse sind jetzt an der Tagesordnung. Die Hauswirte treten zur Zeit vielfach mit einem Uebermut auf, wie er seit dem Anfang der heutzutage nicht mehr erhört war. Sie können es sich ja auch leisten, denn in einzelnen Stadtteilen läßt sich wenigstens soweit mittlere und kleinere Wohnungen in Betracht kommen, geradezu von einer Wohnungsnot reden. Die Gemeindeverwaltung müßte je früher je besser dieser Katastrophe

durch energische Maßnahmen steuern, wenn sie von sozialem Pflichtbewußtsein befeelt wäre. Aber freilich, wo soll dieses in einer kapitalistisch gestieberten Körperlichkeit wie der Stadtverordneten-Versammlung herkommen, die „von Rechts wegen“ schon zur Hälfte aus Hausbesitzern bestehen muß!

Einer besonders gemüthlichen Hauswirthin erfreuen sich die Bewohner der Häuser Kammerstraße 23 und 24. Sämtliche Mieter dieser beiden Häuser, im ganzen 37 kleine Leute, erhielten gerade am heiligen Abend von der Wirthin, einer Rentiere A. Troll, ihre Kündigung zugesandt. Die Dame motivierte ihre Maßregel damit, daß sie mehr Miete aus ihrem Besitzum herauszuschlagen wolle; und in der That sind die Mietspreise für die Wohnungen bis zu 100 M. gesteigert worden.

Die Weihnachtstage sind dahingegangen, ohne daß ihr Friede durch besondere Ereignisse unterbrochen worden wäre. Mildes Winterwetter lockte namentlich am zweiten Festtage die Jugend ins Freie auf die Eisbahn, während der erste Tag mit seinem unwirklichen Schneegestöber die Menschen ans Haus und an die häusliche Küche band. Und diese war nach den lauren Wochen wahrlich wohl verdient. Hatte doch selbst der Sonntag, der goldene, kaum eine Spur von „Heiligkeit“ an sich, sondern im Gegenteil die Lust zweier und dreier Arbeitstage gebracht. Erst zu später Abendstunde, als in dem Etagenfenster längst die Lichter des Tannenbaums erloschen waren, winkte auch den Sklaven und Sklavinnen des Ladinisches die langentsehnte Ruhe.

Wohl denen, die das Wort „Saure Bohnen, frohe Feste“ auch bei bescheidensten Ansprüchen auf sich anwenden konnten. Viele Tausende führt uns die Großstadt vor Augen, die nicht haben, wo sie ihre Haupt hinlegen können, und denen auch der Glanz des Weihnachtsbaumes, den die öffentliche Wohlthätigkeit ihnen anzündet, die Trübsal des Daseins nicht zu erheben vermag.

Die Weihnachtsfeier in den städtischen Wärmehallen fand am Sonntagmorgen 4 Uhr statt. Schon am Mittag vernommen trotz der gelinden Witterung die geräuschvollen Stadtbahnhöfen die Menge der Besucher nicht mehr zu fassen. Unter den großen, geschmückten Tannenbäumen hielt der Oberinspektor der Wärmehallen, Herr Tscholowski, den Anwesenden, deren Zahl etwa tausend betrug, eine Ansprache. Dann folgte der Gesang eines Männerchores; die „Festrede“ hielt Pastor Schaarschmidt. Jeder der Besucher erhielt einen Teller mit Nüssen, Pfefferkuchen und Rüssen sowie einen Stollen, auch wurden den Besuchern unentgeltlich Speisemarken für die Weihnachtsfeier ausgegeben.

Dem unbetheiligten Beobachter dieser Weihnachtsfeier fiel es angenehm auf, daß man die Gäste der Wärmehalle nicht fühlen ließ: Ihre seid armen Leute, denen wir Wohlthaten erweisen, wofür ihr unentgeltlich zu danken habt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Weihnachtsfeier in der Wärmehalle sehr vorteilhaft von den Versicherungen armer Leute, wie sie zum Zwecke der Selbstbespiegelung „edler Wohlthäter“ zur Weihnachtszeit sportmäßig betrieben werden.

Das Elend der Obdachlosen hat sich die „Große Berliner“ zu nütze gemacht. Da es ihr nicht möglich war, für den Hundelohn, den sie für Schneeschuppen zahlt, solche Arbeiter zu bekommen, denen das Messer noch nicht an der Kehle sitzt, suchte sie sich mit Erfolg in den Wärmehallen billige Arbeitskräfte.

Den in dem städtischen Obdach an der Danzigerstraße befindlichen wohnungslosen Familien wurde am heiligen Abend gegen 4 Uhr seitens der Stadt Berlin eine Weihnachtsbescherung bereitet. Die Zahl der unglücklichen Obdachlosen betrug 357.

Eine christliche Weihnachtsparade. Im Osten der Stadt, in der Andreaskirche, besetzt ein Oberlin-Verein, der in der Kopenstraße eine Kleinverkaufsstelle unterhält. Die Schule wird von drei- bis sechsjährigen Kindern solcher Eltern besucht, deren Arbeitsverhältnisse es nicht gestatten, daß sie sich am Tage mit ihren kleinen Beschäftigten. Diese armen Kinder werden nun gegen ein monatliches Säumgeld von 75 Pf. von den Oberlin-Schwester für das Christentum dreifert. Eine solche Anstalt muß natürlich auch zur höheren Ehre der frommen Leiter des Vereins ihre Weihnachtsfeier haben. Wir hatten Gelegenheit, dieser Weihnachtsparade — eine Feier können wir es beim besten Willen nicht nennen — beizuwohnen. In der Aula eines Realgymnasiums in der Langestraße sahen unter zwei riesigen Weihnachtsbäumen auf besonderen Plätzen die Herren und Damen vom Oberlin-Verein, rings an den Wänden das Publikum, meist Arbeiterfrauen und größere Mädchen. In der Mitte des Saales standen die Väter für die Kleinen. Diese selbst wurden von den Schulschwester unter Abingung eines Weihnachtsliedes im Gänsemarsch herein- und einmalmal im Saale herumgeführt, dann in die Bankreihen hincindirigiert und zum Niederlegen kommandiert. Nun folgte eine längere Examinierung der Kinder. Die ganze Weihnachtsgeschichte, wie sie die Bibel erzählt, wurde den Kleinen abgefragt, und dazwischen mußten die Kinder, teils einzeln, teils im Chor, entsprechende Lieder auffagen und singen. Diese Vorführung klappte so präzis, daß wir von tiefem Bedauern für die armen Kleinen erfüllt wurden, die sich gewiß wochenlang plagen mußten, um alle die Verse und Lieder, deren Sinn ihnen ganz unverständlich ist, ihrem Gedächtnis einzuprägen, und die sich nun, angeführt der strahlenden Weihnachtsbäume und der bunten Gabentische eines dreiviertelständigen Exomens unterziehen mußten. Für Kinder in diesem Alter eine Geduldsprobe, die mehr Anerkennung verdient, als die Dressurleistung der frommen Schulschwester. Aber damit war der Angriff auf die Nerven der zarten Kinder noch nicht beendet, sie mußten noch so lange stille sitzen, bis Prediger Wittborn auch den anwesenden Erwachsenen etwas von der christlichen Weihnachtsbotschaft verkündet und den wohlthätigen Sinn der Vorstandsdamen in üblicher Weise gerührt hatte. Nachdem der Geistliche mit den Worten: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! geschlossen hatte, bekamen die kleinen Mädchen Puppen, die Jungen aber Helme, Säbel und Säpfegelehre.

Das nennt sich Christentum!

Im Weihnachts-Bäckereiverkehr wurden heute bei dem Kaiserlichen Palettopostamt insgesamt 626 054 Pakete zur Bestimmung in Berlin eingeliefert. Es sind dies etwa 81 000 Pakete mehr als im Vorjahr, wo 545 067 Pakete während der Zeit vom 12. bis zum 26. Dezember eingegangen waren.

Die Junfer von Weihnachtsbäumen ist, wie sich nunmehr deutlich zeigt, in diesem Jahre viel zu groß gewesen. Während die Händler in einigen Stadtbezirken bis zum Schluß des Marktes die Preise hoch hielten, sahen sie in anderen mit Wagenladungen durch die Straßen und boten ihre Bäume ohne Unterschied am Heiligabend für 10 Pf. das Stück an. Auf vielen Verkaufsstellen sieht man heute noch zahlreiche Bäume unverkauft stehen, auf den Bahnhöfen aber stehen noch viele Wagenladungen, die gar nicht ausgepackt wurden.

Traurige Weihnachten. Am Weihnachtsbaum verstorben ist die in der Schönhauser Allee wohnende, seit längerer Zeit kranke Rentiere Auguste Friede. In der Festesfreude adleten die im Zimmer anwesenden Personen nicht darauf, daß die Patientin, die in einem Rollstuhl an dem Weihnachtsbaum saß, plötzlich in die Stissen zurückfiel. Erst als eins der Kinder an die Frau herantrat, um für die von ihr gespendeten Gaben zu danken, wurde man inne, daß sie plötzlich am Herzschlag gestorben war.

Wie läßt man Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse? Das Polizeipräsidium läßt den Zeitungen folgende wunderliche Mitteilung zugehen: „Mit Rücksicht auf die besonderen Verkehrsverhältnisse werden in der kommenden Silvesternacht von 10 Uhr abends ab der Lustgarten und die Schloßfreiheit nach Bedarf für jeglichen Verkehr polizeilich gesperrt werden.“ Als Pendant wäre etwa zu empfehlen, mit Rücksicht auf die bekannnten Beleuchtungsverhältnisse der Silvesternacht von Zeit zu Zeit sämtliche Straßenlaternen auszudrehen.

Gegen den Buchhändler Brand aus Neu-Rahnsdorf, von dessen Aitenat auf den Reichstags-Abgeordneten Dr. Lieber wir kürzlich berichteten, hat die Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs und wegen thätlicher Verleumdung das Strafverfahren eingeleitet. In der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter am letzten Freitag wurde festgestellt, daß das Aitenat eine wohlüberlegte Handlung war, die den Zweck verfolgte, ein Strafverfahren gegen Brand zu erzwingen. Herr Brand hofft in diesem Verfahren die Entmündigungsangelegenheiten des Dr. Sternberg und des Dr. Projezt — diese sollen nach Weands Ueberzeugung zu Unrecht entmündigt worden sein — zur Erörterung bringen zu können.

Für die Ausgabe der Postkarten für 1900, die heute, Donnerstag, beginnt, hat das Reichs-Postamt angeordnet, daß an die einzelnen Käufer die neue Karte mit der Germania-Markle nur in kleineren Mengen bis zu 10 Stück abgegeben werden soll. Mit dieser Maßregel soll jedem Handel und jeder Freidreiberei mit den Karten vorgebeugt werden. Die Ober-Postdirektion Berlin hat ferner bestimmt, daß bei sämtlichen Verkaufsstellen ihres Bezirks eine möglichst große Zahl von Verkaufsstellen für die Karten eingerichtet wird. Auch die Schalter für die Abfertigung der Pakete, die jetzt nach Bewältigung des Weihnachtverkehrs weniger in Anspruch genommen werden, sollen sich mit dem Verkauf der Postkarten für 1900 befassen.

Für den Vorortverkehr in der Silvesternacht sind auf der Wanneseebahn und der Anhalter Bahn besondere Vorkehrungen getroffen. Auf der Wanneseebahn werden zwischen Berlin und Zehlendorf Sonderzüge von Berlin um 12⁰⁰ und 1⁴⁵ fahren und umgekehrt von Zehlendorf um 1³⁰ und 2⁰⁰ nachts nach Berlin und auf allen Zwischenstationen halten. Von Anhalter Bahnhof gehen Sonderzüge um 1 Uhr und 1⁴⁵ nach Groß-Lichterfelde (Ost) und umgekehrt von Groß-Lichterfelde nach Berlin um 1 Uhr 30 Min. und um 2 Uhr 15 Min. Leider scheint die Stadt- und Ringbahn sich auch diesmal dem Beispiel der andern Bahnen nicht anschließen zu wollen.

Zur Warnung vor Silvesterfandalen veröffentlicht das Polizeipräsidium folgende Mitteilung: Im dem Anfang in der Silvesternacht zu feiern, werden seit Jahren die dabei vorgenommenen Uebertretungen nicht durch polizeiliche Strafverfolgung erwidert, sondern der königlichen Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Verfolgung übermittelt. In der letzten Silvesternacht wurden in Berlin im ganzen 193 Personen festgenommen, teils wegen Tauschheit, Schlägerei, Betteln usw. teils wegen Verübung groben Unfugs oder ruhestörenderen Värmens. Von den wegen Unfugs und Värmens dem Gerichte überwiesenen 82 Personen wurde nur eine freigesprochen, die 81 anderen wurden aber bestraft, und zwar 17 mit Freiheitsstrafen von vier Wochen bis zu zwei Tagen, 60 mit Geldstrafen von 60 Mark bis 2 Mark, vier mit Beweisen. In der Hauptmasse waren die Bestraften Arbeiter oder Handwerker, 13 waren Kaufleute, Schüler, Lehrlinge oder Laufburschen.

12 000 Mark sind bei einem Einbruch in der Nacht zum Sonntag der Firma Fingst u. Comp., Königsstraße 33, gestohlen worden. Diese Warenhaus-Firma hat in diesem Hause den Keller, die Parterregeschosse und die erste Etage inne. Die oberen Räume sind ausschließlich Verkaufsstellen, während sich im Keller die Vorratslager und das Comptoir befinden. Der Hauptzugang liegt an der stumphen Ecke der König- und Neuen Friedrichstraße, der zweite Eingang für das Personal ist vom Hofe aus zu erreichen. Er befindet sich in dem nach der Neuen Friedrichstraße zu gelegenen Flügel. Die Thüre ist mit starkem Eisenblech beschlagen und mit einem Kunstschloß versehen. Der Zugang von der Königsstraße wird stets verschlossen gehalten; infolge dessen ist der hintere Eingang zu dem Warenhause nur von der Neuen Friedrichstraße aus zu erreichen. Einen Geldschrank besitzt die Firma nicht. Ihre Bücher befinden sich in einem in die Wand eingelassenen Holzschrank, in dem auch das Geld aufbewahrt wird. Dieses lag in einer Kassette von 42 Centimeter Höhe, 50 Centimeter Breite und 40 Centimeter Tiefe. Die etwa 3 Centner schwere glatte Kassette war in dem Schrank festgeschraubt. In der Kassette wurde stets die Tageslosung aufbewahrt, die am Sonnabend ca. 12 000 M., bestehend aus Papier, Gold und Silber, betrug. Am Sonnabendabend wurde das Geschäft gegen 10¹⁵ Uhr geschlossen. Als am Sonntagmorgen um 12 Uhr ein Buchhalter den Schrank öffnen wollte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß dieser erbrochen war und die Kassette fehlte. Die Schrauben, die den Geldbehälter hielten, waren abgedreht und lagen lose im Schrank. Sonstige Spuren von Gewalt waren nicht sichtbar, die Thüren zum Geschäftslotal wie zum Comptoir müssen mittels Nachschlüssels geöffnet worden sein und die ganze Art, wie der Diebstahl ausgeführt worden ist, deutet darauf hin, daß die Thäter — um mehrere Personen muß es sich handeln, da einer unmöglich die schwere Kassette allein tragen konnte — genau orientiert waren. Am Sonntag früh um 7⁴⁸ Uhr hielt vor dem Portal in der Neuen Friedrichstraße eine Drofskizte zweiter Klasse. Da festgestellt ist, daß Hausbewohner diesen Wagen nicht benutzt hatten, so ist nur anzunehmen, daß die Diebe die Drofskizte zur Fortschaffung der Kassette gebrauchten. Wertwürdigerweise ist die Kassette bisher noch nicht gefunden, die Diebe haben demnach kaum Gelegenheit, sich derselben zu entledigen. Die geschädigte Firma hat auf die Ergreifung der Diebe und die Herbeischaffung des Geldes eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

In Erstickungsgefahr gerieten in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Bewohner des Hauses Simonstraße 2. Aus bisher nicht ermittelter Ursache strömte das Gas in so beträchtlichen Mengen aus, daß die Bewohner in der Frühe unter Krankheitserscheinungen erwachten. Durch sofortiges Öffnen aller Fenster wurde die Gefahr beseitigt. Andauernde Schädigungen der Gesundheit der Hausbewohner sind glücklicherweise nicht eingetreten.

Einen furchtbaren Tod hat die Frau des am Schauspielhause beschäftigten Hofchauspielers Hartmann in ihrer Wohnung, Kurfürstendamm 29 I, erlitten. Sie stürzte infolge eines Verlebens in eine Wadewanne, die mit siedendem Wasser gefüllt war und verbrannte sich so unglücklich, daß sie Sonntagmorgen unter furchtbaren Qualen starb.

Mit Drillingen (Snaben) am Weihnachts-Heiligabend beschenkt hat eine Formermeisterfrau W. aus der Reimendorferstraße ihrer Ghemam. Mutter und Kinder befinden sich wohl und munter. Herr W. lebt zum Glück in sehr auskömmlichen Verhältnissen.

Zu dem Selbstmord des Dienstmädchens Bertha Binder, worüber wir am Sonntag berichteten, teilt uns der Onkel des Mädchens, Herr Schlige, Jammersfr. 85, mit, daß die Nachricht, wonach Bertha Binder mit einem verheirateten Manne Umgang gehabt habe, unrichtig ist.

Wenig Weihnachtsruhe war diesmal unserer Feuerwehre beschieden, denn gegen 30 Alarmierungen hatte sie am Heiligabend und am ersten Festtage zu verzeichnen. Greifswalderstr. 38 kam Sonntag früh 7 Uhr in der im Quergebäude befindlichen Engros-Wäscheabrik von Richard Adernann aus nicht ermittelter Ursache ein Schadenfeuer aus, das sehr spät bemerkt wurde, so daß es bei Anbruch der Wehr bereits großen Umfang angenommen und die Decke vom zweiten zum dritten Stock schon durchschlagen hatte. Es konnte zwar bald zum Stehen gebracht werden, doch erleidet die Firma erhebliche Verluste, da über 100 Duzend Hemden und andere Wäschestücke vernichtet wurden. Da sich in demselben Gebäude eine Pappfabrik und eine Drechselerei befinden, hätte die Gefahr leicht große Dimensionen annehmen können. Vorher war Hagelebergerstraße 15 im Lagerkeller des Kolonialgeschäfts von Karl Liebe ein Brand zu beseitigen, der das Haus bis zu den obersten

Stagen total verqualmte und neben Asten einen beträchtlichen Posten Kolonialwaren zerstörte. Vobendbrände fanden Stromstr. 43, Blücherstr. 12 und Andreasstr. 54 statt. Wasserrohrbrüche veranlassten ein Eingreifen der Wehr Kasanien-Allee 101 und Langestr. 12. Zimmerbrände waren zu verzeichnen Liebenwalderstraße 63, Stralauer Allee 35, Zimmerstr. 84, Warthenerstr. 11 und Linstr. 31. Zwei derselben waren durch brennende Weihnachtsschmucke verursacht. Zwischengebäl hatte Straßburgerstr. 41, Grüner Weg 27, Köpnickestr. 32, Solzmarktstr. 54 und Kurfürstenstr. 1 Feuer gefangen. Die übrigen Alarmierungen waren auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Am zweiten Festtage wurde die Wehr nach der Götterstraße gerufen, wo ein elektrischer Wagen der Ringbahnlinie durch Kurzschluss in Brand geraten war, so daß er außer Betrieb gesetzt werden mußte. Die Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Friesenstr. 7 war früh 7 Uhr in einem Cigarrenladen ein Brand entstanden, der mit einem Rohre abgelöscht werden mußte. Eine Stunde später brannte Königstraße 32 das Zwischengebäl.

Ein „einsamer Mann“ hat am Heiligabend die Gelegenheit benutzt, sich unter dem Weihnachtsbaum zu erheben. Der in der Franzfurter Allee wohnende 61jährige Modellstecher Ernst Müller hatte vor drei Jahren seine Frau durch den Tod verloren und Anfang vorigen Monats war die einzige Tochter der Mutter in das Grab gesellt. Der tiefgebeugte Vater vermochte diese Schicksalsschläge nicht zu überwinden; der sonst rüstige Mann verfiel in letzter Zeit mehr und mehr und er sonderte sich gänzlich von seinen Verwandten ab. Am Sonntagmorgen begab sich N. nach dem Parochial-Kirchhofe am Vordager Weg, um die Gräber seiner Lieben zu schmücken; gegen 5 Uhr kehrte er nach seiner Behausung zurück und pugte mit Hilfe einer Nachbarin ein kleines Weihnachtsbäumchen aus. Dann bat er die Frau, ihn zu verlassen, da er ein wenig schlummern wolle, gegen 7 Uhr aber müde sie ihn wecken. Als die Frau um diese Zeit in das auf demselben Korridor belegene Zimmer des Modellstechers trat, fand sie ihn in einer Wulst auf dem Fußboden liegen. Der Lebensmüde hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Auf dem Tische lag ein Zettel mit den Worten: „Mir konnte nur der Tod eine echte, rechte Weihnachtsfreude bereiten.“

Mit einem Hochstapler hat man es anscheinend in der Person eines Mannes zu thun, der in der Nacht zum zweiten Festtage auf eigene Art der Kriminalpolizei in die Hände geraten ist. In einer Restauration in der Markstraße geriet ein feingekleideter, gewandt auftretender junger Mann mit anderen Gästen in Streit und versetzte einem seiner Gegner einen Wessertisch. Die übrigen Gäste nahmen ihn fest, prügelten ihn durch und brachten ihn dann auf die Medierwache. Hier nannte er sich Maschinist Salomon Jandres. Zu seinem Unglück fand die Polizei bald heraus, daß die Papiere, die er auf diesen Namen bei sich führte, gefälscht sind. Am durchsuchte man sorgfältig seine Kleider und fand, daß der festgenommene außer der Rolle des belgischen Reichsmisstris Salomon Jandres noch eine Reihe anderer spielt: er führte noch falsche Papiere auf die Namen eines italienischen Kochs, eines französischen Offiziers und eines spanischen Kaufmanns. Die Kriminalpolizei ist eifrig bemüht, das Dunkel, das den Mann noch umgibt, aufzuklären.

Schwer verunglückt ist gestern der zwölfjährige Sohn des Werkmeisters Hflemann aus der Polenerstr. 12. Der Knabe sollte für seinen Vater aus einer Gostwirtschast ein Glas Weidhölzer holen und kam mit dem Glase zu Falle. Unglückslicherweise fiel er mit dem Glase in die Scherben. Diese brachten ihm mehrere Schnittwunden bei und verletzten außerdem ein Auge so schwer, daß es auslief. Die Rettungswache I in der Franzfurter Allee brachte dem Verunglückten die erste Hilfe.

Das Opfer einer Bluterkrankung ist der 52 Jahre alte Goldschmied Paul Mangelndorf aus der Wanzlstr. 34 zu Nordorf geworden. Der Mann verlegte sich am 6. November den Mittelfinger der linken Hand mit einer Feile und beachtete die anscheinend harmlose Wunde wohl nicht genug. Der Arm schwellte jedoch an und Mangelndorf mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Am Weihnachtshelligabend wurde sein Zustand so bedenklich, daß seine Frau sich entschließen mußte, ihn mit einer Droschke nach der königlichen Klinik zu bringen. Als man hier ankam, war der Mann bereits tot.

Uranis. Der bereits angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Gustav Albrecht, „Berlin vor hundert Jahren“, findet heute, abends 8 Uhr, im Theateraal der Uranis statt.

Das Carl Weich-Theater hat sich jetzt gänzlich der Ausstattungsposse zugewandt. Nachdem der „Weltuntergang“ seine Schuldigkeit getan, kam zu Weihnacht das Ausstattungsstück „Kinder der Hölle“ auf den Plan. Es ist eine harmlose und nicht gerade neue Geschichte von zwei niedlichen Zwerfchen, die die Menschen heimzuführen, um unter ihnen leben zu lernen, was Liebe ist. Zu diesem Zwecke werden die Kinder der Hölle in ihrer Unerfahrenheit zunächst Telephonstimmchen und treiben dann weiter allerhand Spul. Die Theaterleitung zeigt bei dieser Gelegenheit, was sie sich an Dekorationen, Kostümen und bunter Beleuchtung leisten kann; und das Stück klingt aus in eine effektvolle Guldigung an das neue Jahrhundert. Es wurde gespielt, wie es dem Werte der Posse zulaut. Das Publikum war, bescheiden, wie es ist, von der ihm gebotenen Reueit vollaus befriedigt.

Aus den Nachbarorten.

Zwei Wädereggellen erstickt. Ein entsetzlicher Unfall hat sich gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr in der Ede Aramnestraße und Bismarckstraße zu Charlottenburg befindlichen Wäderegg ereignet. Zwei Gellen hatten den Wadofen gereinigt und die noch nicht verloschten Holzreste in ein Becken getan. Unvorsichtigerweise vergaßen sie, das Becken gehörig zu schließen. Die beiden Wäderegg mußten sich nunmehr im Arbeitsraum schlafen gelegt haben, denn als nach einiger Zeit das Dienstmädchen des Meisters die Badstube betrat, um die Gellen zu rufen, fand sie beide tot am Boden liegen. Sie waren durch den Kohlenruß erstickt worden. Die Polizei beschlagnahmte die Leichen und leitete eine Untersuchung ein.

Weißensee. Zum 1. Januar wird die Einwohnerzahl unseres Ortes größeren polizeilichen Schutzes teilhaftig. Ein Kriminalkommissar, ein Wachmeister und vier Kriminal-Schulgente sind zu diesem Zwecke hierher kommandiert worden. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird nur von wenigen anerkannt werden. — Zur Ausdehnung der Kosten für den Erweiterungsbau der evangelischen Kirche in Weißensee soll nach bestimmten Mustern eine Lotterie veranstaltet werden. Der Opfermut unserer kirchlich gesinnten Kreise scheint demnach nicht besonders groß zu sein, sonst würde diese Spekulation auf die — Gutgläubigkeit gewisser Leute unmöglich werden.

Zur Verhütung von Unglücksfällen auf Bauten hat der Regierungspräsident in Potsdam unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks folgende sofort in Kraft getretene Polizeiverordnung erlassen: § 1. Vom 15. November bis 15. März dürfen Stucateurs-, Putzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist genlegend. § 2. In Räumen, in denen offene Coaköfen ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Coaköfe bedienstenden Personen betreten werden. § 3. Ueberreitungen dieser Verordnung werden an dem Bauunternehmer, wo ein solcher nicht vorhanden ist, an dem Bauherren mit Geldstrafe bis zu 60 M. geahndet.

Die großen Eisbahnen der Havel, oberhalb von Spandau bis Tegel und Heiligensee und unterhalb Spandaus

nach Potsdam zu, sind zu Weihnachten eröffnet worden, nachdem sie seit nahezu zehn Jahren wegen der milden Winter nicht mehr in voller Ausdehnung benutzt werden konnten. In der Zwischenzeit ist wohl vielfach die Erinnerung geschwunden an die Gefahren, die den Schlittschuhläufern auf der Havel drohen. Auf der Oberhavel ist die allgrößte Vorsicht zu beobachten in der Nähe der Insel Valentinswerder bei Stecherts Loch, wo sich eine Stelle befindet, die nur oberflächlich zuzufrieden, hier haben schon zahlreiche Personen ihren Tod gefunden.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am zweiten Festtage nachmittags auf dem Tegeler See, in der Nähe der Insel Scharenberg bei Tegelort. Ein Brautpaar aus Hermsdorf lief dort im tollen Lauf über eine Stelle, wo erst einige Tage zuvor geeist war und die zur Warnung aufgestellten Strohwische und Meiser, welche das gefährliche Terrain kennzeichneten, von Dubenbüschen entfernt worden sind. Beide brachen ein und ohne Hilfe wären sie verloren gewesen. Der Herr stemmte seine Arme auf die Eisfläche, während die Dame seinen Hals umklammerte und mardurchdringende Hilferufe ausstieß. Nur mit vieler Mühe gelang es hinzugeeilten Personen, die schon zum Tode ermatteten beiden Personen endlich dem nassen Element zu entreißen. Auch auf der Oberhavel bei Heiligensee beziehungsweise Nieder-Reuendorf geriet am ersten Festtage ein Schlittschuhläufer in eine frisch geschlagene Lachne, wurde aber von hinzugeeilten Fischern ebenfalls glücklich gerettet.

Gerichts-Beitung.

Die Wilmersdorfer „Grenzperre“ beschäftigt unangeseht die Gerichte. Unter dieser „Grenzperre“ wird eine vom Amtsvorsteher erlassene und von der Regierung zu Potsdam unter dem 17. März 1898 genehmigte Verordnung verstanden, welche das Passieren der Wilmersdorfer Straßen mit Wagen verbietet, welche mit „Müll, Feilsch- und Müllschuttungen“ beladen sind und aus Berlin und aus Charlottenburg kommen. Das Verbot gilt bei Tage wie bei Nacht, aber nur für die Grenzen von Berlin und Charlottenburg. Die weiteren Grenzen Wilmersdorfs sind für den Transport solcher Abgänge frei. Das königliche Kammergericht hat bereits zweimal sowohl im einzelnen Senat wie im Plenum entschieden, daß diese Verordnung nicht zu Recht besteht. Eine Verordnung von solcher Allgemeinheit zu erlassen sei der Amtsvorsteher nicht berechtigt, er könne höchstens derartige Transporte verbieten, soweit dadurch eine Verletzung des Publikums herbeigeführt wird. Trotzdem beordert der Amtsvorsteher nach wie vor die Gendarmen und Amtsdienner, auf solche Transporte zu achten und die Wagenführer zur Anzeige zu bringen. Den Gerichten erwidert dadurch fruchtlose Arbeit, wie dies auch heute vor der vierten Strafkammer am Landgericht II der Fall war. Ein Wollkereldesiger, der seine Milch nach Berlin bringt und von seinen Kunden Kartoffelschalen und ähnliche Müllschuttungen für sein Vieh mit in Kauf nimmt, hatte auf der Heimfahrt auf seinem Wagen eine Dornen mit sich geführt, die den Müllschuttungen enthielt. Obwohl die Dornen verdeckt war, erwiderte ein Polizeibeamter die Kontrolle und erstattete Strafanzeige. Der Milchhändler wurde darauf mit 20 M. Geldstrafe bestraft. Er legte Verweisung ein und in der gestrigen Verhandlung in der zweiten Instanz machte der Syndikus des Vereins Berliner Milchhändler, N.-A. Dr. Platan, in principeller Richtung die vom Kammergericht mehrfach entschiedene Rechtsunmöglichkeit der Verordnung geltend, in sachlicher Beziehung aber, daß Müllschuttungen, welche als Viehfutter dienen, nicht unter die Verordnung fallen, da diese, wie sich schon aus der Verbindung mit „Müll“ ergebe, nur wertlose Abgänge, die der Verurteilung preisgegeben sind, im Auge habe. Die Strafkammer hielt es nicht für nötig, den sachlichen Einwand zu prüfen, auf die Entscheidungen des Kammergerichts gestützt wurde das erste Urteil ohne weiteres aufgehoben und auf Freisprechung erkannt.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens hatte sich heute der Lehrer Erich Feger aus Wilmersdorf vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Derselbe war Lehrer an der Wühlstraße eines Vorortes und soll mit seinen 12-14jährigen Schülern unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Es waren eine erhebliche Anzahl von Knaben als Zeugen geladen worden, indessen wurde die Vernehmung derselben überflüssig, weil der Angeklagte in nichtöffentlicher Sitzung ein offenes und reumütiges Geständnis ablegte. Auf Grund desselben billigte ihm der Gerichtshof mildernde Umstände zu und erlaute nur auf neun Monat Gefängnis.

Vermishtes.

Robeit überbrechen. Ein Duell mit tödlichem Ausgang fand, wie man dem „Berl. Ztbl.“ aus Jülich meldet, an der schweizer Grenze zwischen zwei deutschen Offizieren statt. Die Offiziere Schlaby und Rißlig des in Wilsaußen garnisierenden 112. badischen Infanterieregiments waren vorher intime Freunde, bis sie vor kurzer Zeit in einem Theater Streit bekamen, der in Thätlichkeiten ausartete. Lieutenant Schlaby forderte seine Kameraden Lieutenant Rißlig und Ernst auf Pistol. Im Falle der Kampfunfähigkeit Rißlig hätte Ernst eintreten müssen. Die Bedingungen waren: Distanz 50 Schritte mit zwei Schritten Vorgehen nach jedem Schuß; und Fortsetzung des Duells bis zur vollständigen Kampfunfähigkeit. Schlaby hatte den ersten Schuß. Er verwundete Rißlig leicht am Fuße; dieser, ein ausgezeichneter Schütze, schoß Schlaby darauf durch die Brust, so daß Schlaby nach wenigen Minuten eine Leiche war. Schlaby war der Sohn eines Hauptmanns in München; Rißlig soll der Sohn eines Berliner Apothekers sein.

Das Christentum des Centrumsgrafen. Aus Coesfeld meldet der „Münsterische Anzeiger“: Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte unter anderem auch ein Antrag auf Bewilligung einer Unterstützung der Hinterbliebenen des beim Wande des Schlosses Darfeld (15. Oktober c.) verunglückten Schlossermeisters Anton Reuter. Außer diesem kam auch bei dem Wande der Zimmerpöller Rudolph Limble um. Der Besitzer des Schlosses, der Graf Erdbrocke, hatte die hiesige Feuerwehr, die keiner Unfallversicherung angehört, requiriert, die Leute empfangen, ihnen Platz angewiesen und sie aufgefordert, unter allen Umständen sein Archiv, auf dessen Gewölbe sich schon eine Schicht Feuer gesammelt hatte, zu retten, was ihnen auch gelungen ist. Als Lohn für diese heroische, sich selbst opfernde Thätigkeit hat der Graf den Hinterbliebenen der Familie Limble 50 M. gegen Quittung geschenkt und sich erboten, das jüngste Kind im Waisenhanse erziehen zu lassen, was abgelehnt wurde; den Hinterbliebenen des Reuter, die hochbetagten Eltern (der Vater steht im 84. Lebensjahre) und eine schwächliche Frau mit vier kleinen Kindern, von denen das älteste Eltern schulpflichtig geworden ist, hat er auf unbestimmte Zeit jährlich 600 M. zur Verfügung gestellt, die aber zum Unterhalt der Familie durchaus nicht ausreichen. Auf die schriftliche Bitte des Ober-Bürgermeisters, die Rente auf 1000 M. zu erhöhen, hat der Graf geantwortet, er glaube allen Anforderungen entgegen zu haben, die man billigerweise an ihn stellen könne. Die Versammlung konnte nicht umhin, ihrer Entrüstung über das Verhalten des Herrn den Hinterbliebenen der beiden verunglückten Familienmitglieder gegenüber Ausdruck zu geben und in das Sitzungsprotokoll aufnehmen zu lassen. Da auf gesetzlichem Wege weiter nichts zu erreichen ist, so wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, der Familie bis auf weiteres eine Rente von jährlich 600 M., vierteljährlich pränumerando zahlbar, und der Familie Limble für den 7jährigen Knaben bis zu seinem vollendeten 17. Lebensjahre eine monatliche Beihilfe von 10 M. aus der Stadtkasse zu bewilligen.

Wie weiter aus Münster mitgeteilt wird, handelt es sich um den Grafen Clemens Droste zu Vischering-Erdbrocke, päpstlichen Geh. Kammerer, Kreisdeputierten und Reichslandesherr auf Schloß Darfeld, den früheren Reichstags-Abgeordneten des Centrums für Fulda, den jetzigen Vorsitzenden des Centralcomitees zur Vorbereitung der Generalversammlungen der Katholiken

Deutschlands. Das Einkommen des Herrn Grafen wird auf tausend Mark täglich geschätzt.

Zahlreiche Eisenbahn-Unfälle haben sich in den Festtagen ereignet. Es wird gemeldet: Alt-Röhrsdorf, 25. Dezember. Zug 880 ist am 23. Dezember in Kilom. 29 zwischen Alt-Röhrsdorf und Thomasdorf der Strecke Striegau-Merzdorf im Schnee stecken geblieben. Passagiere sind ausgehoben und zu Fuß nach Alt-Röhrsdorf bzw. Endstation Vollenhain gegangen. Strecke Alt-Röhrsdorf-Thomasdorf voraussichtlich noch bis 27. Dezember gesperrt, da heftiger Sturm und Schneetreiben anhält. Verleher wird auf der Strecke Alt-Röhrsdorf-Striegau aufrecht-erhalten und Durchgangsverkehr über Merzdorf-Königszell-Striegau geleitet. — Graz, 24. Dezember. In den ersten Morgenstunden fuhr der Triester Nacht-Eilzug bei Kalsdorf in der Nähe von Graz in einen Lastzug. Zwei Eisenbahnbeamte sind schwer verletzt und viele Passagiere erlitten leichtere Verletzungen. Die Verwundeten wurden nach Graz gebracht. — Budapest, 24. Dezember. Bei der Station Via Lorbágh fuhr gestern abend der von hier nach Grad abgegangene Personenzug in den eine Stunde früher von hier abgegangenen Grazer Personenzug. Ein Beamter dieses Zuges wurde getötet, vier Soldaten wurden schwer und mehrere andere Personen leicht verletzt. Drei Wagen wurden zertrümmert. — Rejmer (Zuffez), 24. Dezember. In der Nähe der Haywardsheide stieß ein nach Reuhaben bestimmter Zug mit einem von Brighton kommenden Expresszug zusammen. Verschiedene Passagiere wurden verletzt und zwei Bahndienstleute und ein Passagier getötet. Der Bahnverkehr ist unterbrochen. — Auch bei Slough fand ein Eisenbahn-Zusammenstoß statt, bei dem jedoch niemand umgekommen ist. — Nothwell (Schottland), 24. Dezember. Ein Zug der Glasgow-Galtonian-Bahn entgleiste gestern abend um 5 Uhr und stürzte vom Bahndamm. Wie gemeldet wird, sind mehrere Personen tot und viele verletzt. — Ueber einen weiteren Eisenbahnunfall liegt aus Wien folgende Meldung vor: Bei der Station Startsch-Treibitz (Nordwestbahn) stieß in der vergangenen Nacht ein Postzug infolge Nichtbeachtens des Haltesignals mit einem Güterzuge zusammen. Der Führer des Postzuges und drei Bahndienstleute sind leicht verletzt, beide Maschinen und einige Wagen haben Beschädigungen erlitten.

Aus Harburg wird uns berichtet: In der letzten Nacht sind hier die Eheleute Paulmann, Bremerstr. 47, mit samt ihrem zwölf-jährigen Sohn freiwillig in den Tod gegangen. Der Ehemann, von Beruf Gerber, arbeitete längere Zeit in einer hiesigen Lederfabrik, wo er vor einigen Monaten wegen geringfügiger Differenzen seine Arbeit aufgab. Hierauf beward sich P. um eine Meisterstelle nach Düsseldorf. Wahrscheinlich ist es ihm aber nicht gelungen, den Posten zu bekommen und so begab er sich nach Berlin, von wo aus er seine Familie zu Weihnachten besuchte. Die Einwohner des Hauses haben an der Familie während der Feiertage nichts Auffälliges bemerkt. Erst am Mittwochmorgen wurde die Sache verdächtig, als um 10 Uhr die Thüren nach alle verschlossen waren, schloßte man Verdacht. Man öffnete die Thüren und fand nun, daß alle drei Personen aufgehängt waren. Die Thät ist um so auffälliger, als man noch Geld und Silberfachen in der Wohnung vorgefunden hat. Welche Motive eigentlich zu der traurigen Thät Veranlassung gegeben haben, ist nicht bekannt.

Schneestürme in Rußland. Telegraphische Meldungen aus Rowoosski (Rußland) zufolge dauert das entsetzliche Unwetter dort noch fort. Infolge von Schneewehen ist die Stadt von einer Ueberwucherung bedroht. Der Gouverneur forderte die Stadtwaltung auf, zur Abwendung von Unglücksfällen außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Häuser am Quai sind mit einer Eisschicht von einem Fuß Stärke bedekt. Durch das ununterbrochene Heizen der Wohnräume entstehen zahlreiche Brände. Eine Person ist erstickt.

Brand einer Kirche in San Remo. Die englische Kirche „Johannes der Täufer“ in San Remo, in welcher eine Totenfeier für die im Kriege in Südafrika gefallenen Soldaten stattfinden sollte, ist letzte Nacht durch eine heftige Feuerzirkun zerstört worden. Viele heilige Geräte, Bilder sowie die Orgel sind verbrannt.

Die Pest in Portugal. Aus Lissabon, 20. Dezember, wird telegraphiert: Ein Soldat, der hier von Oporto eingetroffen ist, ist in der Kajene an der Weidenpest erkrankt. Der Kranke und die ganze Kompanie, zu welcher er gehört, wurden in das Lazareth gebracht.

Strandung eines Dampfers. Aus New York, 25. Dezember, wird gemeldet: Der Dampfer „Aristo“ auf der Reife von Galveston nach Hamburg ist gestern morgen am Ceracoestrände an der Küste Nordbrasilins auf Grund gestochen. Der Kapitän und acht Personen der Besatzung wurden gerettet, 21 sind ertrunken. Das Schiff ist led. Nachdem nunmehr das Meer ruhiger geworden ist, sind zwei Schleppdampfer von Norfolk zur Hilfeleistung abgegangen.

Verschollener Dampfer. Der am 25. Oktober von Quebec nach England abgefahrte Stahldampfer „Maximac“ ist verschollen. Der Dampfer besitzt einen Raumgehalt von 4200 Tons und hat 50 Mann Besatzung.

Infolge schlagender Wetter ist die Calmin Braznell Mine (in Pennsylvania) in Brand geraten. 8 Mann sind tot und 45 wurden verhaftet. Es ist nur geringe Hoffnung vorhanden, daß die Verschütteten gerettet werden.

Ein kleines Compagniegeschäft mit dem Spielteufel wird von den Priestern der alleinseligmachenden Kirche unter Umständen gar nicht verdammt. Eine bunte Reklametarie, die kürzlich in katholischen Kreisen massenhaft verteilt worden ist, zeigt auf der einen Seite ein Bild der Muttergottes, wie sie der Schlange (dem Teufel) den Kopf zertritt. Die andere Seite enthält den Plan einer Lotterie, die zu Gunsten der katholischen Marienkirche Landau veranstaltet wurde. Daneben befindet sich eine Anpreisung der Lose, in der es heißt: „Im Namen der hehren Muttergottes, der unsere Kirche geweiht ist, bitte ich um Abnahme von Loosen. Allen Wohlthätern ein herrliches Vergelt's Gott!“ Wehn, kath. Stadtpfarrer, Landau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

S. Blankenfelser. Wenn Sie dafür besonders Interesse haben, so wenden Sie sich unmittelbar an die Reichstagsfraktion; es kann nicht unsere Sache sein, eine Namensliste der betreffenden Genossen zusammenzustellen. Der „Vorwärts“ hat davon nicht Kenntnis genommen, da die Gelegenheit keinerlei öffentliche Bedeutung hat.

Marktpreise von Berlin am 23. Dezember 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Q. Mtr.	15.-	14.-	13.-	12.-	11.-	10.-
*) Weizen		14,70	13,80	Schneekleisch	1 kg	1,60	1,10
*) Roggen		14,-	13,-	Rothfleisch		1,70	1,-
*) Futterweizen		15,20	14,40	Dammelfleisch		1,60	1,-
*) Dofen gut		14,80	13,60	Butter		2,80	2,-
*) mittel		15,50	12,80	Eier	60 Stück	6,-	3,-
*) gering		4,86	4,16	Karfen	1 kg	2,20	1,20
*) Rindfleisch		7,50	4,80	Kaie		2,80	1,40
*) Ochsen		40,-	25,-	Fenster		2,50	1,20
*) Speiseochsen		45,-	25,-	Decke		2,-	1,-
*) Hühner		70,-	30,-	Bariche		1,60	0,80
*) Enten		7,-	5,-	Salze		2,80	1,20
*) Gänse, neue		1,00	1,20	Biele		1,60	0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg		1,20	1,-	Kreife	per Schot	12,-	3,-
*) do. Saug		1,20	1,-				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschafskammern - Rottungsstelle - und ungerichtet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Pro dultenmarkt vom 27. Dezember. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war heute fest, wie es nach der mehrstägigen Pause nur

Natürlich war. Infolge der fortwährend ungenügenden Zufuhren und des...

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. Dezember 1899. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit leichten Schneefällen...

Witterungsüberblick vom 27. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Wien, Prag, Budapest, etc.

Gold-Versteigerung. Freitag, den 29. Dezember, 8 Uhr abends, Gedultehaus für R. v. Gold in Altes Reich, Niederwallstr. 20.

Eingegangene Druckchriften. Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 13. Heft des 18. Jahrganges erschienen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 28. Dezember. Opernhaus. Bajazet. Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das Langmann...

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr. Berlin vor 100 Jahren. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen. Passage-Theater. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Gr. Weihnachts-Ausstellung. Im Theater-Saal: Zindarella. Die Weihnachts-Beschreibung.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Großer Erfolg! Kinder der Hölle. Phantastische Ausstattung.

Apollo-Theater.

Novität! Zum 10. Male: Novität! Im Reiche des Indra. Ausstattungs-Operette in 1 Akt.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz. Das große Dezember-Specialitäten-Programm.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Jeden Tag wechselndes großartiges Programm.

American-Theater.

Dresdenerstr. 98. Dir.: Emil Schnabl. Das gr. Weihnachts-Programm. Die verkaufte Genies.

Socialdemokratischer Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 13. Januar 1900: Stiftungs-Fest in Cohns Festhallen (Gesamt-Räume), Benthstrasse 20. Vokal- und Instrumental-Konzert.

Achtung, Maurer!

Donnerstag, den 28. Dezember 1899, abends 8 Uhr, im Lokal Stromstraße 28: Mitglieder-Versammlung des Central-Verbandes deutscher Maurer für Moabit.

Achtung! Bauauschläger. Achtung!

Donnerstag, den 28. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Spiegelberg, Sebastianstraße 39: Gr. öffentliche Versammlung.

Neujahrs-Karten.

Humoristische Postkarten, a 100 Stk. 40, 60 u. 90 Pf. Große Auswahl in Jahrhundert-Glückwunschkarten.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen! M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentlich.

Neujahrs-Cigarrenspitzen

in großer Auswahl, Dupond von 40 Pf. an, auch socialistische mit Portrait von Vahle, Marx, sowie jede Dreiecksform.

Palast-Theater

feiner Feen-Palast, Burgstr. 22. Das riesengroße neue Weihnachts-Programm. Felleitas, Strobdaten, 5 Pers.

Cirkus Busch.

Seite Donnerstag, den 28. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Zum 49. Male: Die Camorra.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24. Nord und Süd. Operette von Lindner. Neues Programm! Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16. Friede auf Erden. Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Schütz. Wuff von Kersten.

Typographia. Freitag, 29. Dez., abends 10 Uhr. Außerordentliche General-Versammlung.

Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelshandwerker und Apotheker.

Nachruf.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht anzugeben, daß unser langjähriger Bekannter August Grubowski am 24. Dezember 1899 verstorben ist.

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung an dem Begräbnis unseres geliebten Sohnes und Bruders Paul Kersten sagen wir hiermit unseren besten Dank.

Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Vaters Wilhelm Walter sage ich dem Personal der Hof-Buchdruckerei von Müller & Sohn sowie auch den Sängern hiermit meinen herzlichsten Dank.

Dankagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Vaters Wilhelm Walter sage ich dem Personal der Hof-Buchdruckerei von Müller & Sohn sowie auch den Sängern hiermit meinen herzlichsten Dank.

Blumenhandlung

Otto Knabe. 19a Admiral-Strasse 19a. Ruppelstr. 19a. Ruppelstr. 19a. Ruppelstr. 19a.

Blumenhandlung

Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Blumenhandlung von [Name].

Dr. Simmel

Horstplatz. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Gharntleiden.

Nordhäuser

von Wils. 11. Nordhäuser, von 60 Pf. an. Haus v. 1,20, Gros. Glühwein u. Punsch-Ertrakt 1,50.

2 Liter Rum. 1 Liter Weingeist, 1 Liter Wasser, 1 Drigl. Echtes Jamaica-Rum-Basis für 75 Pfg. Die Mischung ergibt einen feinen, kräftigen Rum von dem wundervollen Aroma u. Geschmack des Jamaica-Rums, und eignet sich vorzugsweise zur Thee- und Grog-Bereitung.	2 Liter Ananas-Punsch-Extrakt. 1 Liter Weingeist, 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Liter Wasser, 1 Originalflasche Ananas-Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.	2 Liter Kaiser-Punsch-Extrakt. 1 Liter Weingeist, 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Liter Wasser, 1 Originalflasche Kaiser-Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.	2 Liter Schlummer-Punsch-Extrakt. 1 Liter Weingeist, 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Liter Wasser, 1 Drigl. Schlummer-Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.	2 Liter Schwedischer Punsch-Extrakt. 1 Liter Weingeist, 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Liter Wasser, 1 Drigl. Schwedische Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.	2 Liter Glühwein-Punsch-Extrakt. 1 Liter Weingeist, 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Liter Wasser, 1 Originalflasche Glühwein-Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.
---	---	---	--	---	---

Diese so bereiteten Punsch-Extrakte werden $\frac{1}{3}$ mit $\frac{2}{3}$ heißem Wasser genossen und sind von höchstem Wohlgeschmack. Bei 6 Drigl. eine 7te gratis.

OTTO REICHEL, BERLIN SO.,
 Eisenbahnstr. No. 4, gegenüber der Markthalle IX, nahe dem Görlitzer Bahnhof.
 Fernsprecher Amt IV. 3190. — Jede einzelne Originalflasche ist mit zugehörigem Rezept versehen.
Keine Niederlagen! mit eingepprägter Firma und dem Namenszug in grüner Schrift. **Nur direkt!**

Die Selbstbereitung von Cognac, Brantweinen und sämtlichen Liqueuren mit den gefest. gekönten Kombinierten Original Reichel-Essenzen. Ausführliche Prospekte mit sämtlichen Rezepten gratis und franco. — Geschäftszeit: **Wochentags: von morgens 7 Uhr bis abends 10 Uhr. Sonntags: von morgens 7-10 Uhr und mittags 12-2 Uhr.**

Trinkt Hugo Belings Durch und Durch!
 Magenstärkender Kräuterliqueur a Flasche 1,25 M. mit Flasche.

Fürst Pückler

Brüssel. **Gesetzlich** Paris. **geschützt.**

Weingrosshandlung. Fabrik feinsten Liqueure Hugo Beling.
 Comptoir und Hauptkellereien: **Pankstrasse 25.** (3068L)
 Eigene Kellerei und Verkaufsstellen:

Radstrasse 12. Badstr. 56 / Pankstr. 25. Elfenstrasse 11. Brunnenstrasse 96. Erlowstrasse 5. Dresdenerstrasse 125. Grüner Weg 91. Invalidenstrasse 143.	Invalidenstrasse 103. Kottbuser Damm 14. Landsbergerstrasse 40. Lindenstrasse 103. Oranienstrasse 58 a. Reinickendorferstr. 2f. Rosenthalerstr. 1112. Schönhauser Allee 187.	Weidenweg 64. Wilsnackerstrasse 57 (Eingang Droyssstrasse). Wrangelstrasse 20.
--	---	---

Empfehlenswerte Weihnachtsgeschenke:
 Fürst Pückler-Liqueur a Flasche 1,00 Mk. mit Fl.
 Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakt " $\frac{1}{4}$ Liter von 1,30 Mk. an.

MAGGI

für 5 Pfg. eine ausgezeichnete Frühstück's Suppe.	für 10 Pfg. 2 Portionen vorzüglicher SUPPE.	für 12 Pfg. 2 Portionen kräftiger Fleischbrühe.	für 16 Pfg. 2 Portionen feinsten Kraftbrühe.	für 25 Pfg. ein Probe-Räschchen zum Würzen.
--	--	--	---	---

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Warum sind die Zähne so teuer?
 Besonders durch das Abzählungsweien. Reisende müssen von Haus zu Haus gehen und die Leute zur Bestimmung von Zähnen überreden. Für jeden Kunden erhält der Reisende ca. 10 M. Provision. Ferner bekommt der Reisende 10 Prozent der einfließenden Gelder.
Zähne 1,50 Mark.
 Die besten kosten dem Zahnarzt nur ca. 50 Pf. u. zahlen 100 M. Belohnung, wer nachweist, daß die Zähne für die andere 3. 4 u. noch mehr Mark nehmen, besser sind.
E. Fuhrmann,
 jetzt Kottbuser-Allee 75, I.
 Spracht. 9-7 Uhr, Sonnt. 9-2 Uhr.

Glühwein-Extrakt,
 andergezeichnet im Weidmard und Krona,
 a 1/2 Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10, —

Rum
 Nr. 3 Fac. 50 Proz. Saft.
 a 1/2 Liter 1,50, 1 Liter 2,50, 10 Liter 10, 100 Liter 85.

Jamaica-Rum,
 echt und reif veredelt,
 a 1/2 Literflasche 1,50, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50.

Ananas-, Burgunder-, Kaiser-Punsch a Literflasche 3,50, $\frac{1}{2}$ Literflasche 2,—. Punsch-, Grog-Extrakt a Literflasche 1,60.

Eugen Neumann & Co. 9676.
 Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3679, Neue Friedrichstraße 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 97. — Grüner Weg 66. — Wallerstr. 19. — Schöneberg, Hauptstr. 129. — Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48. Niederlagen: Putzbrunnstr. 35. Potsdam: Baderstr. 7.

Der Frauenkongress
 sollte sich überzeugen, wie vorzüglich und billig **Carola-Kaffee** ist,
 1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vorzüglichem gesundheitsfördernden Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet $\frac{1}{2}$ Pfund Carola-Kaffee nur 30 Pfg. Überall zu haben.

Zu kaufen gesucht:
 Aeltere sozialistische Literatur, Neue Zeit, Socialdemokrat, Vorwärts, Verbote, Zukunft, Volks-Zeitung, Volksstaat, Protokolle d. Social-Kongresse, Socialist, Rheinische Zeitung, Werke von Püttmann, Proudhon, Rodbertus, Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Heineken, Weitling, Ruge und andere social. Werke. 3927L*
C. Calvary & Co., Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Umsonst erhalten Sie
 100 Postwitzkarten oder 50 Künstlerkarten, wenn Sie 1 Sortiment Gratulationskarten, bestehend aus Seiden-, Zug- und Bucherkarten etc., elegant ausgeführt, für den Preis von 6,50 M. pro 100 Stück, bei Abnahme von 300 Stück 12,— Mark, von mir beziehen. Ausserst konkurrenzfähig. Reelle Geschäftsführung Prinzip. Versand gegen Nachnahme. 3141L*
Luxuspapierfabr. S. Steinicke BERLIN, Chorinerstr. 6.

Max Schulz, Wein- u. Spirituosen-Grosshandlung.
 Detailverkauf: **Friedenstr. 98 NO.**
Jerusalemstr. 46 SW.
Chausseestr. 49/50 N.
Cognac-Specialgeschäft!
Rum, Arac u. Punsch
 von den billigsten bis zu den feinsten Marken.
 Man fordere überall „Lippentriller“ (gesetzl. geschützt).

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager billige Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Nach Teilzahlung! *

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Garbincubaus Große Frankfurterstr. 9, partiere. 11009
Möbel auf Teilzahlung Zeichnung, Prinzenstraße 62. 11675*
Möbel, bar und Teilzahlung, billig, Frankfurter Allee 110, I. Ecke Altesbierstraße. 2872*
Möbelverkauf. Möbelverkauf Prinzenstraße 2a. Aufbaum feinste Kleiderstühle mit Plüschauflage 30,00, Stuhlbetten, Kissenstühle 15,00, Hochlehnstühle 5,00, Panzerstühle 75,00, Auszugstisch, Verbindungstisch 12,00, Warmwasserboiler 25,00, Plüschgarnituren 55,00, ebenfalls Teilzahlung.
Vorjährige elegante Winterpaleis- und Herrenmöbel aus feinsten Stoffen 2-40 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Seidenhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 749b
Winterpaleis, Anzüge, sportbillig Plüschle Reanderstraße 6.
Betten, Steppbetten, Gardinen sportbillig Plüschle Reanderstraße 6.
Teppiche, Bettvorleger, Portieren sportbillig Plüschle Reanderstraße 6.
Reinigungsarbeiten, Regeneratoren, Öfen, Gasöfen sportbillig Plüschle Reanderstraße 6. 1397*
Schirme, nur eigenes Fabrikat, billig, Reparaturen, Bezüge schnell, feinst. Hermann, Erliden-Allee 4 und Königsplatz. 1221b*
Teppiche mit Aufschraubfuss 18 einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten sowie angekauft mit neuen Bezügen. Möbelgeschäft Antikamerstraße 20.
Kanarienhähne, Weibchen verkauft Weidstr. 18. 1200*

Möbelverkauf. Drantenstraße 73, zwischen Roripplatz und Alexanderplatz, in meinem vier Etagen hoher Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen, Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein fotofestes Lager vor Eintreten zu besichtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Erparung der teuren Rohmaterialien bin ich in der Lage, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Brautleute ohne Anzahlung, eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsche Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderstühle 20, Hochlehnstühle, Kissenstühle 15, Kommode 15, Spiegel 7, Tisch, Kleiderständer 35, Sofa 30, Versteck mit Matrize 18 Mark, Aufbaum und Mahagoni feinste Kleiderstühle, Berlin 32 Mark, Plüschlehnstühle mit Springfederboden 40, elegante Truhen 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Panzerstühle mit Sattelstühlen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmückte Büffets 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte des feinsten, gewesenen, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglich Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.
Zurückgekauft Herrenmöbel aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Seidenhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7500

Fahrräderhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Reifteile, sowie Gehäuse, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel an gros, jetzt Kaufmannstraße 3, Offenber. 13519*
Fahrräder. Teilzahlung, mögliche Anzahlung, direkt aus Fabrik. Lager von 400 Maschinen, gebrauchte Fahrräder stets vorräthig. Imperial-Fahrräder, Dieffenbachstraße 33. 18*
Fahrräder. Gehäuse, gepannte Räder, sofort billig, laulante Teilzahlung, Fabrik, Oranienstraße 33, II.
Kanarienvogel billig zu verkaufen bei H. Kopp, Berlin O., Friedrichstraße 4. 140*
Kanarienhähne verkauft billig Anton Kopp, Berlin O., Friedrichstraße 4.
Tannenstämme 1,75, Rummelsburg, Zährndorferstraße 20, Gedunke.
Möbel, gebraucht und neu, billig veräußert, Genthinerstraße 33, Seifner.
Teppich, persischer, Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9. 1116*
Stehbetten am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partiere.
Wesol, Anstalt verkauft billig Kottbuserstraße 38. 1526b
Milch- und Kolonialwaren. Geschäft sofort billig veräußert. Erfragen Reichenbergerstraße 153, Milchladen. 1526b

Musikunterricht, vorzüglichen, beste Empfehlungen. Musikschule, Weidmannstraße 94.
Platin, Gold, Silber, Reingold, Treffer, kauft zu hohen Preisen die Schmiede, Himmelsstraße 32. 13566*
Bereinszimmer empfiehlt Bier, Alte Falschstraße 119. 1388K*
Zwei Regelbahnen, drei Vereinszimmer Sonnabends, Sonntag frei. Bier, Kreuzbergstraße 43. 14130*
Oranienstraße 108, Bierhaus zum Erlanger, großer Mittagstisch mit Bier 50 und 75 Pf. und Abendstisch zu ewigen Preisen. 2892*
Platin, Gold, Bruchgold, Silber, Treffer, alte Uhren, Kupfer, Meißing, Zinn etc. laut Prob, Brangestraße 4.
Bereinszimmer, schönes, großes, mit Kamin, 30-40 Personen fassend, an Vereine abzugeben. W. Schaff, Liebenwalderstraße 4. 1516b
Kugelschab. Kugelschab 60. Jeder Art für sämtliche Kranke. 3082*
Junges Ehepaar möchte Kind in Pflege geben. Rüdow, Schadowstraße 33, vorn 4 Treppen links.
Mähmaschinen, ohne Anzahlung. Sämtliche Systeme. Komme sofort. Postkarte. Brief, Frankfurter Allee 73a.

Möblierte Schlafstelle, Herren, separat, 7 Mark, Fürstenstraße 15, Hof, Grünle. 1513b
Möblierte Schlafstelle, arbeitsamen Herrn, vermietet Gardt, Fürstenwalderstraße 14, vorn 2 Treppen.
Möblierte Schlafstelle, Herren oder Damen, separat, Berger, Stranderstraße 20, III. 1522b
Freundlich möblierte Schlafstelle, separater Eingang, Reichenbergerstraße 84, vorn 3 Treppen links. 1517b
Schlafstelle vermietet Witwe Herrmann, Lützowstraße 46. 1515b
Möblierte Schlafstelle für Herrn Fürstenwalderstraße 14, vorn II bei Gardt. 1514b
Möblierte Schlafstelle, 8 Mark, Schmidt, Stalitzerstraße 23, I links.
Schlafstelle Wagnersstraße 35, Witwe Gofinlat. 1525b

Unterred. Tätige Arbeiterinnen auf bessere funktionierende Unterröde, die bei feinsten Ausführung Boden liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probe-Arbeit bei Dreyer u. Fiedemann, Kurfürststr. 47/48 II. 1377b
Wach-Gemdbläsen. Tätige Arbeiterinnen auf Wach-Gemdbläsen, die bei feinsten Ausführung Boden liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probe-Arbeit bei Dreyer u. Fiedemann, Kurfürststr. 47/48 III. 1378b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
 Gefangene werden zu leiten gesucht. Malinone, Reanderstraße 22.

Stellenangebote.
 Tätigen Rohrleger und Helfer, Wohlt wohnhaft, verlangt Wohlg, Schleißerstraße 6. 1519b
 Ein junges Mädchen (Anbetet), welches zu Hause schlief, kann sich melden. Kliner, Vauherstraße 25.
 Tätige Handwerkerin verlangt Steinwald, Königsbergerstraße 19.
 Tätige Maschinenführerin verlangt Steinwald, Königsbergerstraße 19.
 Tätige Arbeiterinnen auf Mädchenjaden verlangt Steinwald, Königsbergerstraße 19. 1115*

Vermietungen.

Zimmer.
 Vorderzimmer, möbliert 20, leer 18 Mark. Zu vermieten Bielefeldstr. 52, partiere links. 1135

Schlafstellen.
 Schlafstelle, 9 Mark mit Kamin Elisabeth-Ufer 31, Rasche. 1511b